

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1991

Heft 63
Hamburg, Februar 1992

IMPRESSUM

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
D - 2000 Hamburg 55
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

ISSN 0936 - 0018 ISSN 0936 - 0026

AI
41 x 1
91.

INSTITUT
FÜR FRIEDENSFORSCHUNG
UND SICHERHEITSPOLITIK
AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG
2000 HAMBURG 55 FALKENSTEIN 1
TEL. 86 90 54/56

92 326

| Inhaltsverzeichnis | Seite |
|---|--------------|
| 1. Vorwort | 5 |
| 2. Zur Arbeit des IFSH 1991 | 8 |
| 2.1 Arbeitsschwerpunkt GUS/Osteuropa | 10 |
| 2.2 Tagungen | 12 |
| 2.2.1 Anhörung "Neue Europäische Friedensordnung/ Europäische Sicherheitsinteressen" | 12 |
| 2.2.2 Fachtagung "Sicherheitspolitik in der Dritten Welt" | 14 |
| 2.2.3 Internationales Symposium "Missile Technologies" | 16 |
| 2.3 Friedensgutachten 1991 | 18 |
| 2.4 Öffentlichkeitsarbeit | 19 |
| 2.5 Die Arbeit der Pädagogin | 21 |
| 2.6 Lehrtätigkeit | 22 |
| 2.7 Personalia | 24 |
| 2.7.1 Nachwuchsförderung | 27 |
| 2.7.2 Frauenförderung | 28 |
| 2.8 Drittmittel und sonstige Finanzierungen | 30 |
| 2.9 Sonstiges | 31 |
| 3. Projekte | 34 |
| 4. Veröffentlichungen | 76 |
| 5. Anhang | 90 |
| 5.1 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaftler und internationale Sicherheit" | 90 |
| 5.2 Reihenübersicht | 92 |
| 5.3 Kontakte des IFSH (eine Auswahl) | 99 |
| 5.4 Resonanz auf die Arbeit des IFSH (Auswahl) | 102 |

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der letzten Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen, aber auch Fragen ökonomischer und ökologischer Aspekte von Sicherheit sowie Konzepte einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) und eines Systems Kollektiver Sicherheit in und für Europa (SKSE).

Seit 1985 arbeitet ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. In den vergangenen Jahren gehörten hierzu Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Seit 1989 beteiligt sich das IFSH an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Der Bereich Sowjetunion/Osteuropa und Gesamteuropäische Integration ist einer der Schwerpunkte der Institutsarbeit, sein weiterer Ausbau wird angestrebt. Seit Ausbruch des zweiten Golf-Konfliktes 1990 schließlich wendet das IFSH sich auch (wieder) verstärkt verfassungs- und völkerrechtlichen Fragen zu. Erste Untersuchungen zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen eines Einsatzes deutscher Streitkräfte "out of area" liegen bereits vor; weitere

Arbeiten zur Entwicklung des Völkerrechts von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen sollen folgen.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Das IFSH selbst gibt drei Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht; die "Pädagogischen Informationen" schließlich sind auf die schulische und außerschulische Bildungsarbeit ausgerichtet. Neben den genannten Reihen gibt das IFSH seit 1991 einen Rundbrief "IFSH-aktuell" heraus. IFSH aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form über neue Projekte, Veranstaltungen, aktuelle Stellungnahmen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Die Veröffentlichungen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts in ständiger Lehrtätigkeit seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg, an der Universität der Bundeswehr Hamburg und anderen Hochschulen wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen ca. 16.000 Bände, ca. 150 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa zwei Dutzend in- und ausländischen Zeitungen sowie Presse- und Informationsdiensten zur Verfügung.

Am IFSH sind in der Regel etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, darunter ausländische

Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1992

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

2. Zur Arbeit des IFSH 1991

Im Mittelpunkt der Institutsarbeit standen im Jahre 1991 die Analyse der revolutionären Umbrüche in Ost- und Südosteuropa sowie deren Folgen, die Fortentwicklung der "Gemeinsamen Sicherheit" hin zu einem System "Kollektiver Sicherheit" in und für Europa, ferner die Erstellung von Studien zu aktuellen Problemen, z.B. zum Golfkrieg, zu den Nationalitätenkonflikten und zur Migrationsproblematik, und schließlich die Durchführung einer Reihe von nationalen und internationalen Tagungen.

Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes werden im folgenden detailliert im Abschnitt 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsprojekte in Form von Veröffentlichungen werden in Abschnitt 4 und 5.2 aufgelistet. Die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperations- bzw. Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, werden in den Abschnitten 2.1 ff. und im Anhang illustriert.

Die veränderten internationalen Beziehungen haben zweifelsohne Konsequenzen für die Friedensforschung insgesamt und für das IFSH im besonderen. Eine der Auswirkungen ist bereits genannt worden: die Fortentwicklung und Übertragung der Einsichten und Erkenntnisse der Gemeinsamen Sicherheit auf ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa. Eine andere liegt in der Entscheidung des Institutes für den Ausbau der Arbeitskapazitäten mit Blick auf die Sowjetunion und Osteuropa (vgl. Abschnitt 2.1). Eine dritte schließlich wird derzeit unter dem Eindruck des Golfkrieges sowie des kriegerischen Konfliktes in Jugoslawien am IFSH diskutiert: das Zusammenspiel von Friedensforschung und Völkerrecht bei der Suche nach einer neuen Völkerrechts- und Friedensordnung (vgl. dazu als erste Veröffentlichung: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Heft 59/1991).

Welche Konsequenzen und Auswirkungen weiterhin diskussionswürdig sind, haben die IFSH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem gemeinsamen Aufsatz niedergelegt, der in den ersten Wochen des Jahres

1992 als Hamburger Information erscheinen wird. Diese Studie kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

- Angestammte Forschungsfelder und Arbeitsgebiete werden ihre Bedeutung behalten:
Kriegsursachenforschung, Bedrohungsanalyse, Strategiekritik, Krisenmanagement, Rüstungsdynamik, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.
- Das Gewicht einer Anzahl weiterer Untersuchungsbereiche wird zunehmen:
Friedensvölkerrecht, Institutionen und Instrumente kollektiver Sicherheit, qualitative Rüstungsdynamik, internationaler Waffenhandel und Kriegstechnologieexport, Rüstungskonversion, Angriffsunfähigkeit als Organisationsprinzip von Streitkräften.
- Bisher unbearbeitete oder voreilig für obsolet gehaltene Forschungsfelder sind neu zu erschließen:
Umweltkriegsführung, Verflechtung ökonomischer und ökologischer und militärischer Bedrohung zu grenzüberschreitenden Gefahren, Nationalismus und Fundamentalismus als Kriegsideologien, entwicklungspolitische Friedensstrategien.

2.1 Arbeitsschwerpunkt GUS/Osteuropa

Die Sicherheit Europas wird entscheidend mitbestimmt werden durch den Verlauf des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa und insbesondere in der ehemaligen Sowjetunion bzw. der an ihre Stelle getretenen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die zentrale Aufgabe europäischer Friedenspolitik liegt künftig in der politischen und ökonomischen Stabilisierung und Einbindung der GUS und der nach Unabhängigkeit strebenden Republiken in einen gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß. Wegen der damit verbundenen Problemvielfalt und -komplexität gilt es umso mehr, intensive wissenschaftliche Analysen der Bedingungen, Möglichkeiten und Wege anzustellen, die diese Entwicklung fördern. Dieser akuten Problemrelevanz Rechnung tragend, untersucht die von Hans-Georg Ehrhart geleitete "Arbeitsgruppe Osteuropa" am IFSH sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen in der ehemalige UdSSR und in Ostmitteleuropa und ihre Wechselwirkungen mit west- bzw. gesamteuropäischen Kooperations- bzw. Integrationszusammenhängen im Hinblick auf eine künftige europäische Friedensordnung. Dieser Forschungsprozeß wird begleitet durch den Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit Forschungsinstituten aus Mittel- und Osteuropa.

Die vergangenes Jahr offiziell aufgenommene wissenschaftliche Kooperation mit dem Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde 1991 fortgesetzt. So verbrachte Anna Kreikemeyer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IFSH, im August 1991 einen Forschungsaufenthalt am Europa-Institut in Moskau, nachdem Dr. Wladimir Below vom Europa-Institut bereits im Februar am IFSH gearbeitet hatte.

Mehrere Treffen gab es auch zwischen Vertretern des IFSH und des Instituts für USA- und Kanada-Studien der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. So hielt Oberst a.D. Lew Semejko am IFSH einen Vortrag über "Sowjetische Perspektiven für eine Europäische Friedensordnung". Ferner diskutierten Sergej Kortunow und Sergej J. Rogow sicherheitspolitische Probleme im IFSH. Weitere Gäste waren Dr. Emil Mintschew, Direktor des Instituts für internationale Beziehungen und Aussenpolitik

der Akademie der Wissenschaften Bulgariens, Dr. Stanislaw Sulowski; Konsul der Republik Polen, Prof. J. Wladimir Agejew von der Universität Moskau, Frau Dr. Dudnikowa und Frau Dr. Zedilina vom IMEMU-Institut sowie Prof. Sedosejew von der Universität Leningrad.

Von Oktober bis Dezember 1991 arbeitete Dr. Sergej Wlassow vom ukrainischen Institut für internationale Beziehungen der Universität Kiew als Research Fellow am Institut. Mit diesem Arbeitsaufenthalt wurde nach dem Ende der UdSSR ein erster Schritt zur Diversifizierung der Forschungsk Kooperation unternommen.

2.2 Tagungen

2.2.1 Anhörung "Europäische Sicherheitsinteressen in der nächsten Dekade" am 1. und 2. Juli 1991

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg hatte im November bzw. Dezember 1990 ein nationales und ein internationales Kolloquium veranstaltet. Die Teilnehmer waren gebeten worden, zu den zukünftigen Risiken und Gefährdungen in Europa sowie zu den ordnungspolitischen Konsequenzen Stellung zu nehmen, die aus dem Wandel des sicherheitspolitischen Koordinatensystems in Europa nach den Umbrüchen des Herbstes 1989 zu ziehen seien.

Insbesondere die zweite Anhörung überraschte durch die Vielgestaltigkeit der Antworten, die vorgetragen wurden. Es bestätigte sich ein Eindruck, den auch der Fortgang der politischen Diskussion z.B. über die Reorganisation der multinationalen Sicherheitseinrichtungen des Westens zunehmend stärker vermittelt, daß nämlich die Vorstellungen über eine problemadäquate Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa nach spezifisch nationalen Wahrnehmungsweisen sicherheitspolitischer Herausforderungen ausdifferenziert werden.

Das IFSH entschied daraufhin, eine weitere Anhörung vorzunehmen und die Fragestellung zu verändern. Wiederum wurde ein kleiner Kreis internationaler Experten aus Politik und Wissenschaft eingeladen. Die Bitte an die Teilnehmer lautete diesmal, "die Sicherheitsinteressen ihres jeweiligen Landes und/oder ihrer Region darzulegen:

- a. nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes,
- b. nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen hinter ihre Grenzen bis 1994,
und unter Berücksichtigung:
- c. der künftigen Rolle bereits vorhandener Institutionen (NATO, WEU, KSZE, und EG),
- d. neuer Institutionen,
- e. Überlegungen zur Stärke der Streitkräfte und Strukturen,
- f. neuer Strategieentwicklungen,
- g. der Aufgaben und Ziele weiterer Rüstungskontrolle."

Die zweitägige intensive Debatte bezog ihre Spannung aus dem Gegenüber verschiedener Antipoden. Die beiden ostmitteleuropäischen Teilnehmer Prof. Marian Dobrosielski (Polen) und Dr. Gyula Horn (Ungarn), jeder vormals tätig in exponierten außenpolitischen Ämtern seines Heimatlandes, entwickelten konträre Auffassungen über die optimale Einbindung der kleineren ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion in ein neues europäisches Sicherheitsgefüge. In den Beiträgen des amerikanischen (John Kornblum) und des französischen Gastes (Prof. Jean Klein) klang die transatlantische Kontroverse über die Zukunft der westlichen Sicherheitsgemeinschaften durch. Hochrangige Soldaten wie General a.D. Tandecki und international renommierte Wissenschaftler in der Runde wie Prof. David Singer hielten den interessenpolitischen Standpunkten - wenn auch auf unterschiedliche Weise - den Spiegel globaler Friedensbedrohungen entgegen.

Die von Egon Bahr geleitete Tagung hatte Klausurcharakter und zielte nicht auf Außenwirkung. Für das IFSH ging es vornehmlich darum, Anregungen und Entscheidungskriterien für die eigene Forschungsprojektion zu gewinnen.

2.2.2 Fachtagung "Sicherheitspolitik in der "Dritten Welt" nach Auflösung des Ost-West-Konfliktes" am 4.-6. März 1991

Vom 4.-6. März 1991 fand in der Evangelischen Akademie Arnoldshain ein von der Stiftung Volkswagenwerk finanziertes und vom IFSH veranstaltetes wissenschaftliches Symposium "Sicherheitspolitik in der Dritten Welt nach Auflösung des Ost-West-Konfliktes. Wandel von Sicherheitsbegriff und Sicherheitspolitik" statt.

An der Tagung nahmen sowohl ausgewiesene Experten für dieses Gebiet als auch jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler teil. Ziel der Tagung war der wissenschaftliche Austausch verschiedener Regionalexperten in Form von Vorträgen und Diskussionen unter spezifischen theoriegeleiteten Fragestellungen.

Die tiefgreifenden Veränderungen in der internationalen Politik haben Auswirkungen auf die Sicherheitsprobleme in der "Dritten Welt". Einerseits ist Sicherheit auch im Nord-Süd-Kontext unteilbar, andererseits eröffnet sich seit dem Ende des Kalten Krieges ein weiter Spielraum für die sicherheitspolitische Eigenständigkeit einer Reihe von Staaten. Die empirisch feststellbaren Tendenzen, daß Sicherheitspolitik sich zwischen Globalisierung und Regionalisierung bewegt, stellen die Sicherheitsforschung vor neue Herausforderungen:

- Welcher analytische Zugang zur "Sicherheit" (Sicherheitsbegriff, -konzeptionen, -instrumente) ist für die Probleme der 90er Jahre angebracht?
- Gehen die mit Sicherheit assoziierten Vorstellungen von seiten der Industrie- und Entwicklungsländer scherenartig auseinander?
- Welche Bedeutung hat Sicherheit als Orientierungskriterium im internationalen System heutzutage?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen wurden während der Tagung Fallstudien zum Nahen und Mittleren Osten, zu Europa, Lateinamerika und Asien präsentiert und der Versuch unternommen, Regionalkonflikte und Instabilitätspotentiale im Hinblick auf globale und regionale Sicherheit zu bewerten.

Einen besonderen Stellenwert nahm die Diskussion über die Anwendbarkeit von "europäischen" Konzepten und Foren wie KSZE und vertrauensbildende Maßnahmen ein. Die auf den ersten Blick erfolgversprechende Übertragung friedlicher Konfliktregelungen wurden angesichts des singulären Charakters einzelner Regionalkonflikte und der besonderen Bedingungen in der "Dritten Welt" einer kritischen Betrachtung unterzogen.

In der Diskussion herrschte weitgehend Übereinstimmung darüber, daß

- die Gefahr des Ausbruchs von "kleinen" Kriegen - die für die betroffenen Staaten totale Kriege sind - mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht geringer geworden ist, sondern zugenommen hat;
- es in absehbarer Zeit keine regionalen Systeme kollektiver Sicherheit geben wird, sondern daß traditionelle Militärallianzen und neue Rüstungswettläufe - auch im Süd-Süd-Verbund - eine Renaissance erleben werden.

Der Ertrag der Fachtagung wird nach Auswertung in einem Sammelband "Sicherheitspolitik in der 'Dritten Welt' nach Auflösung des Ost-West-Konfliktes" in der Nomos-Reihe "Militär, Rüstung, Sicherheit" publiziert werden.

2.2.3 Internationales Symposium "Missile Technologies, Proliferation and Concepts for Arms Control" am 9. - 12. Oktober 1991

Vom 9. bis zum 12. Oktober 1991 fand im Evangelischen Zentrum Rissen in Hamburg eine internationale Wissenschaftlertagung zum Thema: "Raketentechnologien und neue Konzepte für die Rüstungskontrolle" statt. Eingeladen hatten das IFSH und die Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und internationale Sicherheit in der Universität Hamburg dreißig international bekannte Experten zum Thema Weiterverbreitung von Raketentechnologien.

Spätestens seit dem zweiten Golf-Krieg und der dramatischen Abfangjagd irakischer SCUD-Mittelstreckenraketen über Tel Aviv durch amerikanische PATRIOT-Systeme ist das Problem der Weiterverbreitung (Proliferation) von Raketenkomponenten oder ganzen Flugkörpern aus westlicher Produktion und östlichen Arsenalen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Beteiligung einiger deutscher Firmen durch die Lieferung von raketenrelevantem Material und Know-how führte zu neuen Exportskandalen und einer weiteren Verschärfung der Gesetzeslage.

Insbesondere in potentiellen Krisengebieten versuchen einige Regionalmächte eigene Raketenprogramme voranzutreiben und sich die entsprechenden Trägersysteme für Nuklearbomben oder biologische und chemische Kampfstoffe zuzulegen. Nach amerikanischen Schätzungen sollen bis zum Jahr 2000 fünfzehn Entwicklungsländer in der Lage sein, eigenständig Mittelstreckenraketen herzustellen.

Nach dem Wegfall der Ost-West-Konfrontation sehen viele industrialisierte Länder durch mit Massenvernichtungswaffen bestückte Raketen - insbesondere in der Dritten Welt - ein neues Konfliktpotential heraufziehen, dem mit technologischen, militärischen und gesetzlichen Mitteln entgegengewirkt werden soll. Durch ein verstärktes Technologieverbot fühlen sich hingegen viele Staaten der sog. Dritten Welt diskriminiert, zumal militärrelevante Komponenten auch für zivile Zwecke sowie Weltraumprogramme verwendet werden können ("Dual-Use"). Die Tagung widmete sich dieser Problematik, sowie möglichen Rüstungskontrollkonzepten und anderen kooperativen Lösungen.

Wissenschaftler u.a. aus den USA, der UdSSR, Großbritannien, Indien, Pakistan, Israel und Ägypten trugen zu technischen und sicherheitspolitischen Aspekten der Problematik vor und diskutierten Lösungskonzepte. Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungsministeriums, des Bundesamtes für Außenwirtschaft sowie einigen Hochschul- und Friedensforschungsinstitutionen nahmen an den Erörterungen teil.

Deutlich wurde auf der Tagung die Differenz zwischen den westlichen Vertretern der Rüstungskontrolle und den Vertretern der sich entwickelnden Staaten, die für die Möglichkeit von eigenständigen Raketen- oder Raumfahrtprogrammen eintraten. Von den Referenten aus dem Norden wurde herausgearbeitet, daß für die nördliche Hemisphäre keine unmittelbare Bedrohung durch Raketen aus dem Süden besteht, daß aber die Gefahr weiterer nuklearer Proliferation innerhalb der südlichen Hemisphäre nicht vernachlässigt werden darf. Einig war man sich, daß Technologiekontrolle die Weiterverbreitung verlangsamen, aber nicht unterbinden kann. Die Rüstungskontrollregime, die sich mit der Weiterverbreitung beschäftigen, in erster Linie der Nicht-Weiterverbreitungsvertrag und das Missile Technology Control Regime (MTCR) wurden eingehend diskutiert. Die Verifikation von Raketentests wurde als machbar angesehen, während der heimliche Bau mit nationalen technischen Mitteln (NTM) kaum effektiv überwacht werden kann. Sorge wurde geäußert, daß aufgrund des Zerfalls der Sowjetunion bzw. aus anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks Spezialisten für Nuklearwaffen und Raketen in finanzstarke Länder der Dritten Welt abwandern könnten und dabei ihr Wissen in militärische Forschungsprogramme von Drittweltländern fließen könnte. Dr. Singh vom Institute for Defence Studies and Analyses, Neu Delhi schlug vor, die Regelungen des INF-Vertrages auf alle Länder auszudehnen. Dies würde bedeuten, daß kein Bau und keine Stationierung von Mittelstreckenraketen zwischen 500 km und 5.500 km weltweit zulässig wäre. Von den Teilnehmern wurde diskutiert, diese Reichweiten in einem weiteren Schritt auszudehnen und so generell landgestützte Raketen zu verbieten. Die Ergebnisse des Workshops sollen Anfang nächsten Jahres in Buchform veröffentlicht werden.

2.3 Friedensgutachten 1991

Die Arbeit am Friedensgutachten 1991 stand im Zeichen dreier Schwerpunkte: Globale Chancen und Probleme, Auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung, Rüstung und Abrüstung. War das Friedensgutachten 1990 noch ganz von den revolutionären Umbrüchen in Osteuropa geprägt gewesen, kamen beim 1991er Gutachten z.T. schon die Auswirkungen der Umbrüche zum Tragen.

Eine Reihe der 24 Einzelanalysen befaßte sich darüber hinaus mit Friedensgefährdungen, die außerhalb des Bereiches militärischer Sicherheitspolitik liegen, z.B. mit grenzüberschreitenden ökologischen Problemen.

In der Stellungnahme der Institutsdirektoren kommt zum Ausdruck, daß trotz positiver Entwicklungen, besonders im Hinblick auf den KSZE-Prozeß und das amerikanisch-sowjetische Verhältnis auch Rückschläge zu verzeichnen sind. So hat z.B. das Ende des Ost-West-Konflikts die Kriegsträchtigkeit internationaler Konflikte keineswegs gemindert. Im Gegenteil sind Gewaltpotentiale freigesetzt worden - am deutlichsten in der Golfkrise - die zuvor durch die Machtbalance der Supermächte gezähmt waren. Der westlichen Politik wird kritisch entgegengehalten, dem strukturellen Wandel des Friedens- und Sicherheitsproblems nur ungenügend zu entsprechen.

2.4 Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH

Die Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH besteht neben Veröffentlichungen im wesentlichen aus mündlichen Aktivitäten, wie Vorträgen, Podiumsbeiträgen und Interviews. Nach groben Schwerpunkten aufgelistet, gibt die folgende Tabelle diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder.

| Themenschwerpunkte | Vorträge | Podiumsdiskussionen | Tagungen | Interviews | Gesamt |
|---|------------|---------------------|-----------|------------|------------|
| Aktuelle sicherheitspolitische Fragen | 45 | 17 | 18 | 157 | 237 |
| Friedenserziehung | 13 | - | 1 | - | 14 |
| Friedensforschung IFSH | 9 | 3 | 1 | 10 | 23 |
| Sicherheitspolitische Alternativen | 6 | 1 | 2 | 3 | 12 |
| Sicherheitspolitik im veränderten Ost-West-Verhältnis | 38 | 5 | 20 | 20 | 83 |
| Sonstiges | 22 | 2 | 11 | 22 | 57 |
| Gesamt | 133 | 28 | 53 | 212 | 426 |

Hatte es schon im Vorjahr eine erhebliche Steigerung der Außenaktivitäten der Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter gegeben, so war im Jahr 1991 nochmals mehr als eine Verdoppelung derselben zu verzeichnen. Die Anlässe dafür waren bestürzend genug: der Golfkrieg, der Putschversuch in der Sowjetunion und der Bürgerkrieg in Jugoslawien. U.a. zu diesen Themen gab es zahlreiche Interviewwünsche der Medien oder Anfragen gesellschaftlicher Gruppen, die Referenten für ihre Veranstaltungen suchten. Das IFSH war bemüht, allen Anforderungen gerecht zu werden, mußte aber aufgrund der großen Nachfrage und der begrenzten personellen Ressourcen leider auch manche Bitte abschlägig bescheiden.

Das IFSH empfing auch 1991 wieder eine Reihe ausländischer Gäste. Stellvertretend für viele seien hier der Besuch einer Studiengruppe für Frieden und Abrüstung der Volksrepublik China, einer koreanischen Gästegruppe sowie Besuche von Prof. Joseph Weizenbaum vom Massachusetts Institute for Technology (MIT), Cambridge/USA, ferner des Leiters der Abteilung für Politische und Militärische Studien am Moskauer Institut für USA- und Kanada-Forschung, Sergej M. Rogow, und des ehemaligen Botschafters der UdSSR in der Bundesrepublik, Valentin Falin, erwähnt.

2.5 Die Arbeit der Pädagogin am IFSH 1991

Eine der Satzungsaufgaben des IFSH besteht in der Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1991 arbeitete eine Pädagogin, vom Amt für Schule an das IFSH abgeordnet, am Institut. Derart personell verstärkt konnte das Institut dem Wunsch der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen nach pädagogisch aufbereiteter Information aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Nachdem schon in den Jahren 1989 und 1990 aufgrund der politischen Umbrüche in Europa die Nachfrage nach der pädagogischen Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrerin kontinuierlich zugenommen hatte, ist 1991 die Zahl der Informations- und Diskussionsveranstaltungen, an denen die Pädagogin teilnahm, noch einmal deutlich gestiegen.

Insgesamt ist festzustellen, daß es inzwischen einen Stamm von Schulen bzw. Lehrern gibt, die mit ihren Lerngruppen das Angebot des IFSH an Information über aktuelle Themen aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik regelmäßig nutzen. Hinzu kam 1991 eine große Zahl von Erstanfragen. Zurückzuführen ist dies in erster Linie auf den Golfkonflikt. Die beiden hierzu vom IFSH abgegebenen Stellungnahmen gingen auch an die Hamburger Schulen, die daraufhin die abgeordnete Pädagogin verstärkt sowohl in den Unterricht als auch zu Projekttagen und schulischen Abendveranstaltungen einluden.

Die Pädagogin wirkte auch 1991 wieder an den einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte (Zeitgeschichte) mit. Ebenfalls veranlaßt durch den Golfkonflikt stand im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen, an denen Lehrer aus dem Gymnasial- und Berufsschulbereich teilnahmen, die Frage nach der Verantwortung der Bundesrepublik in außereuropäischen Konflikten.

2.6 Lehrtätigkeit von Mitarbeitern des IFSH

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

Wintersemester 1990/91:

1. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
2. Universität Hamburg
Fachbereich Physik: Seminar "Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit" (Otfried Ischebeck)

Sommersemester 1991:

3. Universität Hamburg
Fachbereich Physik: Seminar "Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit" (Otfried Ischebeck)
4. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
5. Universität Hamburg
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Übung "Europäische Sicherheit - Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit" (Dieter S. Lutz)

Wintersemester 1991/92:

6. European University Institute Florenz, Department of History and Civilization: Vorlesungsreihe "Europa nach dem Ost-West-Konflikt" - Gastprofessur Oktober 1991 - (Egon Bahr)

7. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
8. Universität Hamburg
Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften: Übung "Regionale Konversion - Probleme, Möglichkeiten, Optionen" (Hans-Joachim Gießmann)
9. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Konflikte, Krisen, Kriegsverhütung" (Dieter S. Lutz)
10. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Europa 2000: Die Neue Europäische Friedensordnung (NEFO) unter besonderer Berücksichtigung der Reformprozesse in den vormaligen WVO-Staaten" (Dieter S. Lutz)
11. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Kontinuität und Wandel in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der Sowjetunion" (Dieter S. Lutz)
12. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Vorlesung "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland" (Dieter S. Lutz)

2.7 Personalia

Im Jahr 1991 wurden am IFSH drei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, eine studentische Hilfskraft und ein Mitarbeiter für die Bibliothek eingestellt. Im gleichen Zeitraum verließen das Institut zwei Referenten, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter, eine wissenschaftliche Hilfskraft und eine studentische Hilfskraft. Über das Jahr waren drei ausländische Fellows zu Forschungsaufenthalten Gäste des IFSH.

Der stellvertretende Direktor wurde für die Dauer eines Studienjahres (drei Trimester) zur Vertretung der Professur "Politikwissenschaft, insbesondere die Auswärtige und Internationale Politik osteuropäischer Staaten" an der Universität der Bundeswehr beurlaubt. Ein wissenschaftlicher Referent konnte mit Hilfe eines Stipendiums seine Studien an der Harvard University, Cambridge/USA fortsetzen.

Zur Zeit arbeiten am IFSH der Direktor, der stellvertretende Direktor, fünf wissenschaftliche Referentinnen und Referenten, sieben wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, zwei studentische Hilfskräfte sowie neun nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Institutsangehörige:

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Prof. Egon Bahr
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Dr. Dieter S. Lutz

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Matthias Bartke
Dr. Hans-Georg-Ehrhart
Dr. Erwin Müller
Dr. Reinhard Mutz

Götz Neuneck
Claudia Schmid

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Dr. Hans-Joachim Gießmann
Thorsten Görrissen
Lothar Gutjahr
Hans Krech
Anna Kreikemeyer
Frank Schimmelfennig
Ursel Schlichting
Angelika Spelten
Jörg Wallner

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordnete Pädagogin:

Margret Johannsen

Abgeordnete der Streitkräfte:

Fregattenkapitän Wolfgang Anders
Major Roland Kaestner

Mitarbeiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit":

Stefan Garnatz
Dr. Otfried Ischebeck
Sönke Richardsen
Martin Stech

Fellows:

Dr. Jaromir Cekota
Dr. Michael Lucas
Dr. Sergej N. Wlassow

Wissenschaftliche Hilfskräfte:

Heike Koopmann
Konrad Klingenburg
Maria Schoppa

Studentische Hilfskräfte:

Stefanie Halle
Thorsten Herberger
Tina Kamp
Ralph Niemeyer

Sekretärinnen:

Anke Kuhn
Heike Maurer
Gabriele Mayring
Heinke Peters

Bibliothek:

Andreas Mewes

Dokumentation:

Dagmar Otto

Verwaltung:

Heidemarie Bruns

2.7.1 Nachwuchsförderung

Das IFSH fördert bereits über viele Jahre hinweg nachdrücklich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Traditionell erfolgt Nachwuchsförderung über die Mitarbeit studentischer Hilfskräfte, ggf. auch über die Mitarbeit von examinierten oder diplomierten Nachwuchswissenschaftlern im Rahmen von Drittmittelprojekten. Das IFSH bildet darüber hinaus schulische und studentische Praktikanten aus, bietet Rechtsreferendaren ein erstes Praxis- und Betätigungsfeld, besetzt neben den studentischen Hilfskräften zwei Stellen mit wissenschaftlichen Hilfskräften, wirbt zusätzliche Mittel für Stipendiatenstellen ein und hat schließlich (mit Zustimmung von Kuratorium und Hochschulamt) eine Referentenstelle in zwei Nachwuchswissenschaftler/-innen-Stellen aufgeteilt.

Daß das Bemühen des IFSH nicht ohne Erfolg ist, zeigen Resonanz und Nachfrage, aber auch die vorgelegten Ergebnisse. Drei Beispiele zur Illustration: Im Berichtszeitraum haben ein Schüler, ein Rechtsreferendar sowie acht Studentinnen und Studenten ein Praktikum am Institut absolviert. Die Studentinnen und Studenten studieren an den Universitäten Bamberg, Berlin, Hamburg, Marburg, Nijmegen und Trier. Ferner haben zwei - mittlerweile ehemalige - Nachwuchswissenschaftler/-innen ihre Promotion mit "sehr gut" abgeschlossen. Schließlich liegen aus dem Berichtszeitraum eine Reihe von Veröffentlichungen auch der Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen, darunter auch in hochrangigen Publikationsorganen vor. Zum Beispiel haben im Friedensgutachten 1991 Frank Schimmelfennig und Claudia Schmid sowie Thorsten Görrissen, Anna Kreikemeyer und Ursel Schlichting publiziert.

Nebenbei: Wie auch das letztgenannte Beispiel zeigt, besteht die überwiegende Mehrzahl des vom IFSH geförderten Nachwuchses aus Frauen.

2.7.2 Frauenförderung

Die Friedensforschung ist in den vergangenen Monaten unter dem Gesichtspunkt der Frauenförderung kritisiert worden. Diese Kritik ist berechtigt und unberechtigt zugleich. Richtig ist, daß der Anteil der Frauen in der Friedensforschung weit vom Ziel eines numerischen Gleichstandes entfernt ist. Dieses Defizit ist jedoch kein Spezifikum der Friedensforschung, sondern ein Merkmal von Wissenschaft generell. Auch insofern spiegelt Friedensforschung lediglich die Struktur der Gesellschaft wider. Hinzu kommt, daß Friedensforschung und Sicherheitspolitik noch immer - gerade auch von Frauen - als Domäne von Männern angesehen wird. Dies trifft insbesondere ein Institut wie das IFSH, das überdies - anders als andere Friedensforschungseinrichtungen - satzungsgemäß nicht auf Konfliktforschung, sondern auf Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedensforschung ausgerichtet ist. Das hat zur Folge, daß bei Stellenausschreibungen zu den einschlägigen Aufgabengebieten unter den vergleichbar qualifizierten Bewerbern Frauen regelmäßig in der Minderzahl sind. Daß für bestimmte Themengebiete Bewerberinnen ausreichender Qualifikation überhaupt nicht gefunden werden können, ist ebenfalls keine Ausnahme.

Aufgabe der etablierten Friedensforschung ist es deshalb, vorrangig und gezielt Frauenförderung im Rahmen der Nachwuchsförderung zu betreiben. Das IFSH stellt sich dieser Aufgabe nachdrücklich seit seiner ersten Ausbauphase Mitte der 80er Jahre. Soweit erkennbar ist das IFSH das erste - und auch heute wohl noch immer einzige - Institut, das auf diese Weise versucht, den Anteil der Frauen in der Friedensforschung zu erhöhen.

Bei allen Bemühungen muß gesehen werden, daß das IFSH ein relativ kleines Institut ist, seine Möglichkeiten also nicht unbegrenzt sind. Gleichwohl braucht das IFSH hinsichtlich des Anteils an Frauen auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern den Vergleich mit keiner anderen Forschungseinrichtung zu scheuen. Im Gegenteil: Von den sieben Referenten und Referentinnenstellen waren in den vergangenen Jahren drei mit Frauen besetzt, gegenwärtig sind es übergangsweise zwei von sechs. Darüber hinaus sind derzeit vier Stellen für Nachwuchswissen-

schaftler und -wissenschaftlerinnen, einschließlich einer Fellow-Stelle, vergeben, davon drei an Frauen. Bei den wissenschaftlichen Hilfskräften, also den teilzeitbeschäftigten Hochschulabsolventen mit zuarbeitenden Tätigkeiten, besteht Parität: eine Frau, ein Mann. In den beiden letztgenannten Personengruppen zusammengenommen lag seit 1984 der Frauenanteil konstant über fünfzig Prozent. Beide gegenwärtig beschäftigten studentischen Mitarbeiter sind weiblich. Von den vormals drei befristet aus dem Schuldienst an das Institut abgeordneten Pädagogen - zwei Männer, eine Frau - haben die beiden Männer mittlerweile das IFSH wieder verlassen. Im Falle der Kollegin bemüht sich das IFSH dagegen intensiv um eine unbefristete Übernahme. Von Frauen geleitet werden schließlich die Aufgabenbereiche Verwaltung und Dokumentation.

2.7.2 Frauenförderung

Die Friedensforschung ist in den vergangenen Monaten unter dem Gesichtspunkt der Frauenförderung kritisiert worden. Diese Kritik ist berechtigt und unberechtigt zugleich. Richtig ist, daß der Anteil der Frauen in der Friedensforschung weit vom Ziel eines numerischen Gleichstandes entfernt ist. Dieses Defizit ist jedoch kein Spezifikum der Friedensforschung, sondern ein Merkmal von Wissenschaft generell. Auch insofern spiegelt Friedensforschung lediglich die Struktur der Gesellschaft wider. Hinzu kommt, daß Friedensforschung und Sicherheitspolitik noch immer - gerade auch von Frauen - als Domäne von Männern angesehen wird. Dies trifft insbesondere ein Institut wie das IFSH, das überdies - anders als andere Friedensforschungseinrichtungen - satzungsgemäß nicht auf Konfliktforschung, sondern auf Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedensforschung ausgerichtet ist. Das hat zur Folge, daß bei Stellenausschreibungen zu den einschlägigen Aufgabengebieten unter den vergleichbar qualifizierten Bewerbern Frauen regelmäßig in der Minderzahl sind. Daß für bestimmte Themengebiete Bewerberinnen ausreichender Qualifikation überhaupt nicht gefunden werden können, ist ebenfalls keine Ausnahme.

Aufgabe der etablierten Friedensforschung ist es deshalb, vorrangig und gezielt Frauenförderung im Rahmen der Nachwuchsförderung zu betreiben. Das IFSH stellt sich dieser Aufgabe nachdrücklich seit seiner ersten Ausbauphase Mitte der 80er Jahre. Soweit erkennbar ist das IFSH das erste - und auch heute wohl noch immer einzige - Institut, das auf diese Weise versucht, den Anteil der Frauen in der Friedensforschung zu erhöhen.

Bei allen Bemühungen muß gesehen werden, daß das IFSH ein relativ kleines Institut ist, seine Möglichkeiten also nicht unbegrenzt sind. Gleichwohl braucht das IFSH hinsichtlich des Anteils an Frauen auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern den Vergleich mit keiner anderen Forschungseinrichtung zu scheuen. Im Gegenteil: Von den sieben Referenten und Referentinnenstellen waren in den vergangenen Jahren drei mit Frauen besetzt, gegenwärtig sind es übergangsweise zwei von sechs. Darüber hinaus sind derzeit vier Stellen für Nachwuchswissen-

2.9 Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* wurde 1991 um 914 Bände auf insgesamt 16129 Bücher erhöht. Zur Zeit werden 151 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Die Arbeiten am Aufbau des Schlagwortkatalogs wurden fortgeführt.

In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 12 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden 12 regelmäßig erscheinende Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften sowie Publikationen anderer offizieller und inoffizieller Stellen archiviert.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrat Hinrich Budelmann
Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Hochschulamt -
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström
Institut für Experimentalphysik

Dr. Johannes Bastian
Fachbereich Erziehungswissenschaften

Helmut Bilstein
Staatsrat a.D.
SPD-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas
Fachbereich Sprachwissenschaften

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel
Institut für Politische Wissenschaft

Frau Margret Hauch
Frauenfraktion in der Hamburger Bürgerschaft

Matthias Köhler
Studentenvertreter

Klaus Lattmann
CDU-Hamburg

Dr. Jürgen Lühje
Präsident der Universität Hamburg

Prof. Dr. Heinz Renn
Institut für Soziologie

Am 27. Juni 1991 ist Dr. Martin Müller im Alter von 53 Jahren gestorben. Als von der CDU-Bürgerschaftsfraktion nominiertes Mitglied im Kuratorium des IFSH hat Dr. Müller - im engeren Sinne des Wortes "curare" - Sorge für das Institut getragen. Als Wissenschaftler hat er sich darüber hinaus immer wieder in kritisch-kooperativer Weise für die Institutsarbeit engagiert. Er wird dem IFSH und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fehlen.

Der *Wissenschaftliche Beirat* traf sich im Berichtszeitraum zu einer Sitzung. Er setzte sich 1991 zusammen aus:

Prof. Dr. Marian Dobrosielski
Polnisches Institut für Internationale
Angelegenheiten
Warschau

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic
Universität Belgrad

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Werner-Heisenberg-Institut für Physik
München

Prof. Dr. Jean Klein
Institut Francais des Relations Internationales, Paris

Prof. Dr. Theodor Leuenberger
Hochschule St. Gallen

Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu 5 Sitzungen zusammen.

3. Projekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Egon Bahr/Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit im Übergang zur Kollektiven Sicherheit

Matthias Bartke

- Rechtsgrenzen des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr

Jaromir Cekota

- Zur Politischen Ökonomie der Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter: Eine vergleichende (Ost-West) Analyse

Hans-Joachim Gießmann

- Konversion - Probleme und Perspektiven untersucht am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Hans-Georg Ehrhart

- Zur friedenspolitischen Rolle der EG im gesamteuropäischen Integrationsprozeß

Thorsten Görrissen

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

Lothar Gutjahr

- Entstehung eines "neuen Atlantizismus" zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland

Otfried Ischebeck/Götz Neuneck

- Rüstungsmodernisierung von konventionellen Waffensystemen

Margret Johannsen

- Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den achtziger Jahren

Hans Krech

- Gibt es eine Bedrohung der Sicherheit der westlichen Industriestaaten durch die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas?

Anna Kreikemeyer

- Sowjetische Politik gegenüber Institutionen im gesamteuropäischen Prozeß als Beitrag zur Reform und Sicherheit in Europa, exemplarisch dargestellt am Bereich der menschlichen Dimension (1989-1992)

Dieter S. Lutz/Jörg Wallner

- Fernerkundung und europäische Friedenssicherung

Erwin Müller

- Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Reinhard Mutz

- Europäische Sicherheit nach dem Zerfall der Blockordnung

Götz Neuneck

- Rüstungsmodernisierung, neue Technologien und Proliferationsgefahren

Frank Schimmelfennig

- Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie: Läßt sich das Modell der KSZE auf den Vorderen Orient übertragen?

Ursel Schlichting

- Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion

Claudia Schmid

- Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt" am Beispiel des Vorderen Orients

Angelika Spelten

- Probleme und Chancen kooperativer Friedenssicherung in einem gesamteuropäischen "System Vernetzter Kollektiver Sicherheit"

Bearbeiter: Egon Bahr / Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit im Übergang zur Kollektiven Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Gemeinsame Sicherheit ist die konzeptionelle und politische Alternative zur Abschreckung. Ihr liegt die Einsicht zugrunde, daß Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben ist. In den vergangenen Jahren hat das IFSH versucht, Gemeinsame Sicherheit theoretisch und konzeptionell zu entwickeln und eine Vielfalt der Probleme ihrer Umsetzung in die Praxis zu diskutieren. Zu diesen Problemen gehörte an prominenter Stelle auch die Forderung nach "Struktureller Angriffsunfähigkeit" (StrUnA). Überlegungen und Diskussionen haben ihren Niederschlag unter anderem in sechs Sammelbänden und einer Reihe weiterer Veröffentlichungen gefunden.

Gemeinsame Sicherheit hat ihre konzeptionelle Funktion erfüllt, wenn die Abschreckung überwunden und die Ablösung der Pakte und Blöcke erreicht ist. Gemeinsame Sicherheit ist insofern ein Regime des Übergangs.

Die Einsicht, die zur Gemeinsamen Sicherheit führt, besitzt gleichwohl auch nach den revolutionären Umbrüchen in der Sowjetunion und in Ost- und Südosteuropa weiterhin ihre Gültigkeit. Grenzüberschreitende Gefahren, seien es militärische, seien es ökonomische, ökologische oder technologische, bedürfen auch nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes und nach Ablösung der Pakte der (Einsicht zur) grenzüberschreitenden partnerschaftlichen Kooperation. Allerdings zielt Gemeinsame Sicherheit - verstanden als Übergangskonzept - auf die Bewältigung der Bedrohung und Gefährdung des Friedens "lediglich" im Frieden. Was als Überlegung für den Normalfall, sprich: Frieden gilt, muß aber erst recht für den Ernstfall Gültigkeit besitzen, d.h. muß für den Krisen- und Kriegsfall fortentwickelt werden. Nukleare Strahlung z.B. kennt weder staatliche noch zeitliche Grenzen. Die Rationalisierung, die in der "gemeinsamen" Bewältigung von Gefahren liegt, endet deshalb nicht, wenn der Ernstfall eintritt. Im Gegenteil: Als Ansatz zur Bewältigung von Konflikten muß sich die Idee der "Gemeinsamen Sicherheit" gerade im

Konfliktfall bewähren. Konsequenzgedacht, führt "Gemeinsame Sicherheit" somit langfristig zu einem "System Kollektiver Sicherheit".

Ist es richtig, daß es zu Beginn der neunziger Jahre den "Ostblock" als "Block" und "Feind" nicht mehr gibt, so bietet sich erstmals die Chance zur Realisierung des auch in der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegenden Systems "Kollektiver Sicherheit". Ein solches regionales System Kollektiver Sicherheit findet sich im übrigen auch seit langem in einer Reihe von Verträgen und Rechtsnormen. Zu ihnen gehören die Artikel 11 des vormaligen Paktes der WVO, aber auch Artikel 52 ff. der Charta der Vereinten Nationen und der Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Das Prinzip der Kollektiven Sicherheit ist also nicht gänzlich neu. Erst aber, wenn die Ergebnisse der Diskussion um Gemeinsame Sicherheit Eingang finden in die Überlegungen zur Schaffung eines Systems Kollektiver Sicherheit, besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich die Probleme und Fehler von Völkerbund und UNO nicht wiederholen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd. I: Idee und Konzept, Baden-Baden 1986.
- Dieter S. Lutz, Sicherheit 2000. Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungssystem zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, Baden-Baden 1991.
- IFSH, Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 9, Hamburg 1990.

Bearbeiter: Matthias Bartke

Projekt: Rechtsgrenzen des Verteidigungsauftrages der Bundeswehr

Kurzbeschreibung:

Das Projekt beinhaltet eine Auseinandersetzung mit den Notstands- und Wehrrechtsnormen des Grundgesetzes. Die Entstehung der ersten Wehrverfassung von 1956 und die Entwicklung zur "Notstandsnovelle" von 1968 bilden daher den Schwerpunkt des ersten Teils der Arbeit.

Hieran anschließend wird die Frage untersucht, ob die Bundeswehr nur im Verteidigungsfall zur Verteidigung eingesetzt werden darf. Rechtlich beinhaltet dies eine eingehende Untersuchung des Spannungsverhältnisses zwischen Art. 115 a GG ("Verteidigungsfall") und Art. 87 a Abs. 2 GG ("Verteidigung"). Nach der heute wohl überwiegenden Lehre hängen beide Normen nur sehr lose miteinander zusammen. Art. 115 a GG ist danach eine Norm, die primär nach innen und Art. 87 a Abs. 2 GG eine Norm, die primär nach außen gerichtet ist. Diese Unterscheidung wird unter einer Reihe von Gesichtspunkten kritisch erörtert. Hierzu gehört vor allem eine grundsätzliche Klärung des Verhältnisses von Wehrverfassung zur Notstandsverfassung und eine genauere Überprüfung der praktischen Funktion der völkerrechtlichen Erklärung über das Bestehen des Verteidigungsfalles nach Art. 115 a Abs. 5 GG.

Anschließend wird Art. 24 Abs. 2 GG als einsatzentscheidende Norm für die Bundeswehr untersucht. Art. 24 Abs. 2 GG ermöglicht dem Bund, sich in ein "System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" einzuordnen und stellt damit die Verfassungsoption auf kollektive Sicherheit dar. Das Prinzip der kollektiven Sicherheit wird daher in seiner Entstehung und seinen grundsätzlichen Prinzipien dargestellt. Daran anschließend wird Art. 24 Abs. 2 GG als Ermächtigungsgrundlage für Bundeswehreinsätze im Rahmen des Kapitel VII der UN-Charta, im Rahmen von UN-Friedensmissionen und im Rahmen von Bündniseinsätzen von NATO und WEU untersucht. Schwerpunktmäßig wird dabei jeweils geprüft, ob es sich bei UNO, NATO und WEU um Systeme kollektiver Sicherheit handelt.

Anhand dieses rechtlichen Gerüsts wird dann die politische Diskussion um Bundeswehreinsätze im Persischen Golf im Iran-Irak-Konflikt einer rechtlichen Wertung unterzogen. Eingedenk der Tatsache, daß der Art. 115 a GG die Feststellung des Verteidigungsfalles bereits ermöglicht, wenn ein Angriff "unmittelbar droht", wird abschließend geprüft, ob das Grundgesetz tatsächlich eine Präventivverteidigung zuläßt.

Das Projekt ist mittlerweile abgeschlossen und 1991 als Buchpublikation im Nomos-Verlag unter dem Titel: "Verteidigungsauftrag der Bundeswehr - Eine verfassungsrechtliche Untersuchung" erschienen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Universität Hamburg, Fachbereich Rechtswissenschaften II; Studien-
gruppe "Europäische Sicherheit" der Vereinigung Deutscher Wissen-
schaftler (VDW).

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die Trennung zwischen Bündnisfall und Verteidigungsauftrag, in:
Frieden und Abrüstung, Sondernr. 1/1991, S. 24-26.
- Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr. Eine verfassungsrecht-
liche Analyse. Baden-Baden 1991 (Militär, Rüstung, Sicherheit; 66).

Bearbeiter: Jaromir Cekota

Projekt: Zur Politischen Ökonomie der Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion ziviler Güter: Eine vergleichende (Ost-West) Analyse

Kurzbeschreibung:

Das Projekt ist der Untersuchung eines wirtschaftlichen Problems von höchster Bedeutung gewidmet: Es geht um die Konversion militärischer Produktion in den entwickelten Industriegesellschaften in die Produktion ziviler Güter. Eine solche Umstellung ist durch die Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen den Supermächten möglich geworden. Der Konversionsprozeß ist augenscheinlich komplex und verläuft ungleichmäßig. Auf der Basis der bisher zugänglichen Informationen kann festgestellt werden, daß die Umstellung rüstungsrelevanter Industrien auf zivile Produktion in der Sowjetunion und in Osteuropa deutlich rascher vonstatten geht als in den Vereinigten Staaten, Kanada und Westeuropa.

Es ist das vorrangige Ziel des Forschungsprojektes, auf dem Wege einer vergleichenden ökonomischen Analyse das ungleiche Tempo bei der Konversion in Ost und West zu erklären. Daneben sollen die wesentlichen wirtschaftlichen Auswirkungen einer beschleunigten Umstellung von militärischer auf zivile Produktion in der ersten Hälfte der 90er Jahre untersucht werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen Licht auf einige dunkle Felder in einem weiten und außerordentlich schwach erforschten Gebiet der modernen politischen Ökonomie werfen.

Fraglos liegt umfangreiche Literatur zu den ökonomischen Aspekten des Wettrüstens zwischen den Supermächten und ihren Verbündeten während der vergangenen 40 Jahre vor. Gleichwohl befaßt sich nur ein Bruchteil der dort dokumentierten Forschung systematisch mit den ökonomischen Problemen, die mit der Umstellung von militärischer auf zivile Produktion verknüpft sind. Dies ist nicht verwunderlich. Bis in die späten 80er Jahre schienen Diskussionen der Konversionsökonomie nichts als fruchtlose Übungen in Science Fiction darzustellen. Die weitreichenden politischen Umwälzungen in der Sowjetunion und in Osteu-

ropa haben jedoch den Gegenstand der wirtschaftlichen Konversion sowohl praktisch relevant als auch erforschbar werden lassen.

Das Projekt ist inzwischen abgeschlossen und als Hamburger Beitrag publiziert worden (s.u.).

Veröffentlichungen zum Thema:

- The Political Economy of Disarmament in the 1990s, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 58, Hamburg 1991.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart

Projekt: Zur friedenspolitischen Rolle der EG im gesamteuropäischen Integrationsprozeß

Kurzbeschreibung:

Der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung kann nur durch die Unterstützung und Weiterentwicklung derjenigen Institutionen erfolgen, die sich bereits in der Vergangenheit friedenspolitisch bewährt haben. Diesbezüglich ist an erster Stelle die Europäische Gemeinschaft zu nennen.

Als nominell stärkste Wirtschaftsmacht in der Welt fällt ihr einerseits die Rolle des wirtschaftlichen Stabilitätsankers für die ostmitteleuropäischen Staaten zu. Andererseits ist sie als erfolgreiches Modell ziviler Konfliktregelung zwischen ehemals verfeindeten Staaten eine Kraft, die der Herausforderung der gesamteuropäischen Integration am ehesten gewachsen scheint. Ob sie dieser Verantwortung gerecht wird, hängt wesentlich von der Fähigkeit der Harmonisierung der komplizierten Prozesse der Integrationsvertiefung und Integrationserweiterung ab. Auch wenn dieser Prozeß im Rahmen der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union nur beschwerlich voranschreitet, gibt es zu ihm keine Alternative. Die in den Römischen Verträgen verankerte gesamteuropäische Zielsetzung ist heute keine Illusion mehr. Dennoch wird sie angesichts der komplexen Problemlage in Mittel- und Osteuropa nur schrittweise zu erreichen sein. Diese Problemskizze führt zu folgenden Forschungsfragen:

1. Worin besteht der friedenspolitische Beitrag der europäischen Gemeinschaft in Europa?
2. Wie begegnet die EG den aus den ostmitteleuropäischen Umwälzungen resultierenden neuen Herausforderungen?
3. Ist die von den westeuropäischen Staaten umgesetzte integrationspolitische Friedensstrategie ein praktikables Modell für ganz Europa?
4. Welche UdSSR-Politik verfolgt die EG?

5. Welche Interessengemeinsamkeiten und -gegensätze manifestieren sich im aktuellen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Integrationsvertiefung der Zwölf und welche Folgen haben sie auf die Formulierung der EG-Außenbeziehungen?
6. Welche sicherheitspolitischen Perspektiven hat die EG?

Wissenschaftliche Kooperation:

Forschungsgruppe Europa am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn

Institut für Europäische Politik, Bonn

Veröffentlichungen zum Thema:

- 12 Thesen zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und einer neuen europäischen Architektur, in: Loccum Protokolle 19/90, der Aufbau Europas, Bd. 1, Rehburg-Loccum 1991, S. 262-270.
- Die Europäische Gemeinschaft vor neuen Herausforderungen, in: Johannes Schwertfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 140-150.
- Die EG und die "sowjetische Frage", in: Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), Die "sowjetische Frage": Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991, S. 141-163.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting

Projekt: Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven hat die Sowjetunion?

Kurzbeschreibung:

Der glücklicherweise gescheiterte Umsturzversuch reaktionärer Kräfte in der UdSSR im August 1991 hat der Welt die Brisanz der "sowjetischen Frage" eindringlich vor Augen geführt. Sie beinhaltet in einem doppelten Sinne die Alternative "Integration oder Zerfall?": Einerseits geht es um die friedliche/freiwillige (Re-)Integration der Republiken der ehemaligen UdSSR auf der Basis von Selbstbestimmung, Rechtsstaatlichkeit und Souveränität sowie um die Einbindung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und der nach Unabhängigkeit strebenden Republiken in einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß. Andererseits geht es um den von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleiteten Zerfall der UdSSR und seine Folgen für Europa und die Welt.

So richtig die These ist, daß die Schaffung entsprechender innenpolitischer und gesellschaftlicher Bedingungen von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Systemwechsels ist, so naheliegend scheint im Zeitalter zunehmender Interdependenz auch die Annahme, daß dieses Projekt ohne westliche Flankierung keinen Erfolg haben wird. Da dieser Erfolg aber im wohlverstandenen sicherheitspolitischen Eigeninteresse aller europäischen Staaten liegt, geht diese Untersuchung von der zentralen These aus, daß die GUS und die nach Unabhängigkeit strebenden Republiken in einen gesamteuropäischen Assoziations- und/oder Integrationsprozeß einbezogen werden sollten. Die daraus abgeleitete übergreifende Fragestellung lautet: Ist die GUS integrationsfähig und welche integrationspolitischen Perspektiven hat sie? Oder anders ausgedrückt: Welche Rolle will, kann und soll die ehemalige UdSSR bzw. das, was von ihr übrig bleiben wird, in einem gesamteuropäischen Integrationsprozeß spielen?

Die aus dieser Fragestellung abgeleiteten Hauptfragen lauten:

1. Welche gesellschaftlichen Interessen artikulieren sich in der ehemaligen UdSSR und den nach Unabhängigkeit strebenden Republiken vor dem Hintergrund welcher gesellschaftlichen/nationalen Konfliktstrukturen zur Problematik der europäischen Sicherheit und Integration?
2. Welche sicherheits- und europapolitischen Vorstellungen existieren innerhalb des politischen Systems der GUS und wie sollen sie durchgesetzt werden?
3. Welche Politik verfolgt die GUS bzw. verfolgen die Republiken gegenüber den europäischen Integrationssystemen NATO, KSZE, EG und Europarat?
4. Wie verhalten sich die genannten Integrationssysteme gegenüber der GUS und den einzelnen Republiken und welche Positionen vertreten aus welchen Gründen die zentralen westlichen Regierungen (USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien)?
5. Wie kann die ehemalige Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Prozeß integriert werden, welche institutionellen Partizipationsmöglichkeiten bestehen und welche gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen sind mittel- und langfristig unter welchen Bedingungen anzustreben?

Wissenschaftliche Kooperation:

Europainstitut der Akademie der Wissenschaften der RSFSR, Moskau
 Institut für USA- und Kanada-Studien der Akademie der Wissenschaften der RSFSR, Moskau
 Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Veröffentlichungen zum Thema:

- Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting, Die Sowjetunion in Europa, Beiträge zur "sowjetischen Frage", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 54, Mai 1991.
- dies., Die Krise in der Sowjetunion, in: Johannes Schwertfeger, Egon Bahr, Gert Krell, (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, S. 163-179.
- Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), Die "sowjetische Frage": Integration oder Zerfall?, Baden-Baden 1991.

Bearbeiter: Hans Joachim Gießmann

Projekt: Konversion - Probleme und Perspektiven untersucht am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Kurzbeschreibung:

Die sicherheitspolitisch begründete Umstrukturierung und Neuverteilung bislang militärisch bestimmter personeller, materieller und finanzieller Ressourcen und die zivillorientierte Umwandlung militärisch abhängiger und geprägter Bedingungen und Strukturen ist zu einem Gebot erreichten Standes und der Perspektive zivilisatorischer Entwicklung geworden.

In Aussicht stehende Abrüstung führt vor Augen, welche komplexe gesellschaftliche Verwurzelungen das Militär in den zurückliegenden Jahrzehnten gefunden hat, und welche gleichsam umfassenden und vielfältigen Interessen durch seinen Abbau angesprochen werden. Konversion - in der Vergangenheit zumeist auf die Umstellung der Rüstungsproduktion reduziert - steht hier vor politischem und wissenschaftlichem Neuland.

Das Projekt ist auf die Folgen der Auflösung der Nationalen Volksarmee, der Einstellung der Rüstungsproduktion, der Auflassung von Liegenschaften und der regional-infrastrukturellen Veränderungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, mit besonderem Blick auf das Bundesland Mecklenburg/Vorpommern, konzentriert.

Im einzelnen werden behandelt:

- die personelle Konversion;
- die Konversion der Rüstungswirtschaft und der wehrtechnischen Industrie;
- die Auflösung und Verkleinerung von Standorten und Liegenschaften;
- die Denaturierung der Militärtechnik der NVA;
- die regionale und lokale Militärabhängigkeit (am Beispiel).

Das Projekt wird aus dem Kooperationsfonds der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Wissenschaftliche Kooperation:

Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung

Veröffentlichungen zum Thema:

- Wieviele Soldaten braucht Deutschland, in: Mediatas, Sondernr. 1/1991, S. 19-21.
- In Mecklenburg hat die Konversion noch nicht begonnen..., in: Die Mitbestimmung, 7/1991, S. 520-524.

Bearbeiter: Thorsten Görrissen

Projekt: Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

Kurzbeschreibung:

In der Weltpolitik fallen seit Ende der achtziger Jahre zwei voneinander unabhängige Entwicklungen zusammen:

- das verstärkte Auftreten und Sichtbarwerden von ökologischen Beeinträchtigungen durch grenzüberschreitende umweltschädigende Einflüsse;
- ein tiefgreifender grundlegender Wandel im Ost-West-Verhältnis und das Ende des politisch-militärischen Ost-West-Konflikts.

Das Zusammentreffen beider Entwicklungen hat die Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Sicherheit grundlegend verändert. Während militärische Bedrohungen zumindest in den Industrieländern an Bedeutung verlieren, wächst der Stellenwert nicht-militärischer Einflüsse und Entwicklungen für die äußere Sicherheit. Insbesondere grenzüberschreitende Umweltbelastungen berühren nationale Interessen und beeinträchtigen die äußere Sicherheit von Staaten oft erheblich. Mehr als jemals zuvor wird gegenwärtig die sowohl auf regionaler wie auf globaler Ebene bestehende ökologische Interdependenz deutlich. Insbesondere auf dem dicht besiedelten und industriell hoch aggregierten europäischen Kontinent sind der Zustand und der Schutz der Umwelt innerhalb nationalstaatlicher Grenzen zunehmend abhängig von grenzüberschreitender Umweltverschmutzung und externen ökologischen Entwicklungen. Die weiträumige Ausbreitung von Luftschadstoffen, die Verschmutzung grenzüberschreitender Flüsse und der europäischen Meere oder die von nuklearen oder chemischen Anlagen ausgehenden grenzüberschreitenden Gefahren beeinflussen die äußere Sicherheit oft unmittelbarer als die "kontrollierte" militärische Bedrohung im Rahmen des früheren Ost-West-Konflikts. Die fortgeschrittene Zerstörung der atmosphärischen Ozonschicht und die globale Erwärmung machen die weitreichende globale ökologische Interdependenz deutlich.

Dennoch werden die ökologischen Probleme von den Akteuren des internationalen Systems teilweise sehr verschieden perzipiert und beurteilt. Auch unter Bedingungen komplexer ökologischer Interdependenz bleiben verschiedenartige und gegensätzliche Interessen der Akteure bestehen. Entsprechend unterschiedlich sind die auf nationalstaatlicher Ebene unternommenen umweltpolitischen Maßnahmen sowie Ausmaß und Qualität der zwischenstaatlichen und internationalen Kooperation im Umweltschutz. Das Forschungsvorhaben richtet sich auf die Faktoren die eine Zusammenarbeit in Umweltfragen begünstigen sowie die Hemmnisse für eine kooperative Bewältigung gemeinsamer Umweltprobleme. Von zentraler Bedeutung sind daher die wirtschaftlichen Interessen und machtpolitischen Ressourcen der Akteure. Darüber hinaus sollen Aussagen über die Erfolgsbedingungen für die Bewältigung bestehender und zukünftiger Probleme grenzüberschreitender Umweltbelastungen gemacht werden.

Wissenschaftliche Kooperation:

International Peace Research Institute, Oslo (PRIO);

Pacific Institute for Studies in Development, Environment, and Security, Berkeley; Schweizerische Friedensstiftung, Bern;

Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und europäische Sicherheit, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Bd. VI, Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 1990/91, S. 395-440.
- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und ökologische Sicherheit in Europa, in: Johannes Schwerdfeger, Egon Bahr, Gert Krell, (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 119-128.
- Umweltprobleme zwischen West und Ost - Herausforderung für Gemeinsame Sicherheit, in: S+F Sicherheit und Frieden, 4/1991, S. 197-202.

Bearbeiter: Lothar Gutjahr

Projekt: Entstehung eines "neuen Atlantizismus" zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland

Kurzbeschreibung:

Seit 1989 hat sich die Sicherheitslage Europas grundlegend gewandelt: Reform und Revolution in der UdSSR, die Abwendung Ost-Europas vom Kommunismus, das Ende der Teilung Deutschlands und die fortschreitende Integration sowie Ausweitung der Europäischen Gemeinschaft geben dem Kontinent eine neue Position in den internationalen Beziehungen.

Zur Darstellung der internationalen Beziehungen konnten in der Vergangenheit grundsätzlich zwei Positionen ausgemacht werden: Während verschiedene Spielarten des politischen Realismus die zentrale Rolle des Territorialstaates und dessen Maßnahmen zur einseitigen, zumeist militärischen Sicherheit betonten, wurde von idealistischer Seite hervorgehoben, daß ein internationales Regime geschaffen werden müsse, das die zwischenstaatliche Anarchie zugunsten dauerhafter Kooperation ablöse. Während im ersten Fall das Augenmerk auf machtpolitische Beziehungen gerichtet wird, wollen VertreterInnen der zweiten Richtung diesen Zustand überwinden, indem die gemeinsamen Interessen in den Mittelpunkt gerückt werden.

Daneben hat sich in den vergangenen zehn Jahren jedoch noch eine äußerst fruchtbare dritte Position entwickelt, die davon ausgeht, daß transnationale Interdependenz immer mehr zum bestimmenden Charakteristikum der internationalen Beziehungen wird. VertreterInnen dieser Richtung meinen, daß Realpolitik keineswegs aus den internationalen Beziehungen verschwindet, sondern in zweierlei Hinsicht verändert wird:

1. Gegenseitige ökonomische und politische Abhängigkeit zwingt Einzelstaaten einerseits zum Ausbau institutionalisierter Kooperation andererseits entstehen durch divergierende Störanfälligkeiten der jeweiligen Gesellschaften auch neue Machtressourcen.

2. Die globalen Probleme erhöhen die gegenseitigen Abhängigkeiten, da Rückkoppelungseffekte immer weitreichendere Folgen zeitigen, sind jedoch zugleich Gegenstand machtpolitischer Auseinandersetzungen staatlicher und transnationaler Akteure.

Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, wie die politischen Eliten in den USA, Großbritannien und Deutschland auf den Wandel der europäischen Sicherheitsstruktur seit 1989 reagierten. Die obige Einteilung in "Realisten", "Transformationisten" und "Idealisten" diene als theoretischer Hintergrund zur Erfassung des Meinungsspektrums in den drei Gesellschaften.

Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand dabei die künftige Kompatibilität der jeweiligen Außen- und Verteidigungspolitik Washingtons, Londons und Bonn/Berlins, sowohl in struktureller wie auch institutioneller Hinsicht. Waren Großbritannien und Deutschland in der Vergangenheit bereits die beiden wichtigsten Partner der USA in Europa, so sollte die Frage beantwortet werden, wie sich die gegenseitigen Beziehungen entwickeln könnten, und ob ein anglo-amerikanisches "special relationship" womöglich durch ein "partnership in leadership" zwischen den USA und der Bundesrepublik abgelöst wird.

Aufbauend auf dieser Untersuchung soll in Zukunft analysiert werden welche Streitkräftestruktur mit welchen militärisch-politischen Aufgabenstellungen die VertreterInnen der jeweiligen Vorstellungen entwickeln bzw. wie der favorisierte institutionelle Rahmen aussieht.

Wissenschaftliche Kooperation:

Boston University, Bradford University, Colgate University, International Institute for Strategic Studies, Oxford Research Group, Royal Institute of International Affairs.

Veröffentlichungen zum Thema:

- European and Atlantic Institutions in a Changing Environment, Protokollband des 7. Internationalen Humboldt Kolloquium zur Friedensforschung, Berliner Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, 4 (1991), Seite 69 ff.
- What comes after Yalta? in: Spectrum, Vol.I, May 1991, S. 38 ff.
- Components of a New Atlanticism. The U.S., Britain and Germany: "Special Relationship" versus "Partnership in Leadership"?, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 57, Hamburg 1991 (zus. mit Oliver Ramsbotham).

Bearbeiter: Otfried Ischebeck /Götz Neuneck

Projekt: Rüstungsmodernisierung von konventionellen Waffensystemen

Kurzbeschreibung:

Im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung unterstützten Projektes der interdisziplinären Arbeitsgruppe 'Naturwissenschaft und internationale Sicherheit' CENSIS (s. Kapitel 5.2) wurde von O. Ischebeck und G. Neuneck das Teilprojekt 'Modernisierungstrends im Bereich konventioneller Rüstung' bearbeitet. Als Spezialfälle wurde einmal die technologische Entwicklung moderner Kampfpanzer nach Abschluß der KSE-Verhandlungen, zum anderen die Entwicklung von konventionellen Flugkörpern untersucht. Da Forschung und Entwicklung von Kampfpanzern und Flugkörpern vom KSE-Vertrag nur quantitativ bzw. gar nicht betroffen sind, bleibt neben einer technologischen Bestandsaufnahme zu prüfen, ob es in diesen Kategorien wirkungsvolle und durchführbare Rüstungskontrollmaßnahmen geben kann.

Nach den Erfolgen der Alliierten bei der Bodenoffensive bzw. dem Einsatz von zielgenauen Flugkörpern gegen strategische und taktische Ziele im zweiten Golfkrieg ist zu erwarten, daß beide Waffenkategorien in nächster Zeit intensiv weiterentwickelt werden. Ein Trend zu mehr Mobilität, leichtgewichtiger Bauweise und zielgenauer Feuerkraft ist festzustellen.

Im Rahmen einer Studie wurden von O. Ischebeck technologische Trends beim Panzerbau und der Panzerabwehr untersucht. Elektrothermische bzw. elektromagnetische Kanonen befinden sich ebenso in der Entwicklung wie kleine, treffergenaue Panzerabwehrwaffen. Für das weite Areal der Flugkörper wurde von G. Neuneck und S. Richardsen eine computergestützte Datenbank angelegt, in der für verschiedene Länder und verschiedene Raketensysteme bzw. ihre technischen und sicherheitspolitischen Parameter eingegeben sind. Dem Benutzer ist es möglich, gezielte Informationen abzufragen bzw. entsprechende Auswahllisten auszudrucken. Ein Teil der Projektarbeit widmete sich der Organisation des Workshops "Missile Technologies, Proliferation and New Concepts for Arms Control" im Oktober 1991. Als Projektmitarbei-

ter fungierten S. Garnatz (Panzer/Panzerabwehr), S. Richardsen (Flugkörper/Datenbank) und M. Stech (Organisation Workshop).

Veröffentlichungen:

- Der Kampfpanzer der Zukunft, in: E. Müller/G. Neuneck: Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle, Baden-Baden 1991 S. 233-248 (Otfried Ischebeck).
- Raketen im Golf - Ist der Geist schon aus der Flasche?, in: Hauswedel, Lammers: Frieden gestalten nach dem Kalten Krieg - Neue Projekte der Friedenswissenschaft, Bonn 1991, S. 179-186 (Götz Neuneck zus. mit J. Scheffran)

Bearbeiterin: Margret Johannsen

Projekt: Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den achtziger Jahren

Kurzbeschreibung:

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Formierung bzw. Perzeption neuer Bedrohungslagen hat die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa grundlegend verändert. Angesichts neuer militärischer Lagefaktoren sieht sich die westliche Allianz vor der Notwendigkeit, eine neue Militärstrategie zu entwickeln. Nuklearwaffen sollen von Waffen des möglichen frühen Ersteinsatzes zu Waffen der letzten Zuflucht werden. Der hieraus folgende Abbau eines großen Teils der land-, see- und luftgestützten Atomwaffen in Europa seitens der Vereinigten Staaten und der NATO ist beschlossene Sache. Gleichwohl erfordert der Restbestand nuklearer Systeme ebenso wie die nicht mit Sicherheit auszuschließende Neueinführung nuklearer Abstandswaffen die Auseinandersetzung mit der seit jeher umstrittenen Rolle der in Europa stationierten Nuklearwaffen.

Vor diesem Hintergrund soll ein Ausschnitt aus der Debatte in den achtziger Jahren um die Rolle der für den "europäischen Kriegsschauplatz" vorgesehenen Nuklearwaffen untersucht werden. Eines der zahlreichen Foren, auf denen die Debatte geführt wurde, ist der amerikanische Kongreß. In den achtziger Jahren haben in Fragen des "national defense" einflußreiche Kongreßmitglieder es unternommen, die konstitutionelle Zuständigkeit des Kongresses bei der jährlichen Beratung und Verabschiedung des Verteidigungshaushaltes sowie bei der Ratifikation völkerrechtlicher Verträge durch materielle Expertise in strategischen Angelegenheiten zu ergänzen. Auf diese Weise sollte die Kongreßmitwirkung an Entscheidungen von sicherheitspolitischer Bedeutung, traditionell eine Domäne der Exekutive, mit Substanz gefüllt und die Rolle der Legislative im Entscheidungsprozeß gegenüber der Administration gestärkt werden.

Die Kongreßdebatten über die Modernisierung der in Europa stationierten Nuklearwaffen mittlerer und kurzer Reichweite in den achtziger Jahren werden anhand einer Untersuchung der einschlägigen Anhörungen und Berichte der mit militärstrategischen Fragen vorrangig befaßten Kongreßausschüsse sowie der Plenardebatten beider Kammern des Kongresses aufgearbeitet.

Die Rolle der atomaren Mittel- und Kurzstreckenwaffen in der Bündnisstrategie der flexiblen Antwort ist in den achtziger Jahren unter militärisch-operativen, strategischen und bündnispolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden. Einen breiten Raum in der europäischen Debatte nahm die Kontroverse über den Zusammenhang der in Europa stationierten Atomwaffen mit der strategischen Nukleargarantie der USA für Westeuropa ein. In der amerikanischen Debatte ist zum einen eine enge Verzahnung der nuklearen Frage mit der konventionellen Bewaffnung der NATO, der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und der Verteilung der finanziellen Lasten des Bündnisses sowie der Übernahme sicherheitspolitischer Verantwortlichkeiten der Europäer auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes festzustellen. Zum anderen wurden die den "europäischen Kriegsschauplatz" betreffenden Dislozierungs- und Abrüstungsentscheidungen stets in den globalen Zusammenhang des Verhältnisses zur Sowjetunion gestellt. Probleme der Allianzkohäsion wurden im Kontext konkurrierender Auffassungen über den Charakter des internationalen Staatensystems diskutiert und der Definition der Weltmachtrolle der Vereinigten Staaten subsumiert. Das besondere Interesse der Studie richtet sich auf die Akzeptanz von Elementen einer kooperativen Sicherheitsphilosophie im amerikanischen Kongreß.

Wissenschaftliche Kooperation:

Congressional Research Service, Washington, D.C.

Bearbeiter: Hans Krech

Projekt: Gibt es eine Bedrohung der Sicherheit der westlichen Industriestaaten durch die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas?

Kurzbeschreibung:

Die Auflösung des Ost-West-Konfliktes verändert auch das Verhältnis der westlichen Industriestaaten zu den Ländern des Südens. Der Ost-West-Konflikt wird nicht mehr auf die Länder der Dritten Welt übertragen und wird auch nicht mehr auf deren Territorien in Stellvertreterkriegen ausgefochten.

Einige Experten prognostizieren ein sinkendes Interesse der westlichen Industriestaaten an einem ökonomischen, politischen und militärischen Engagement in vielen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Wenn diese Tendenz stimmt, sinken die Entwicklungschancen vieler Staaten der Dritten Welt weiter, der Nord-Süd-Konflikt würde verschärft. Dies könnte zu Bedrohungen der ökonomischen, ökologischen und militärischen Sicherheit der westlichen Industriestaaten durch die Länder der Dritten Welt führen.

Im Rahmen des bis zum 1. August 1991 befristeten Projektes wurde versucht, die gegenseitige sicherheitspolitische Abhängigkeit zwischen den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und den westlichen Industriestaaten an einigen ausgewählten Problemfeldern für den Zeitraum von 1985-1990, gestützt auf die offiziellen Materialien und Untersuchungen der UNO, der OAU, der OAS und der ASEAN, in einer Materialsammlung zu dokumentieren. Problemfelder sind:

- das Streben nach ABC-Waffen,
- die Eskalationsgefahr regionaler Konflikte,
- der internationale Terrorismus,
- die ökologischen Gefahren,
- die Rauschgiftproduktion und -vermarktung,
- die Verschuldungskrise,
- die Migrationsproblematik.

Das Erkenntnisinteresse gilt dem möglichen sicherheitspolitischen Konfliktpotential, das die Sicherheitspolitik der westlichen Industriestaaten gegenüber den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in wenigen Jahren in einem wachsenden Maße beeinflussen könnte, sofern keine politischen, ökonomischen, ökologischen und möglicherweise auch militärischen Gegenmaßnahmen der Staaten des Nordens den möglichen Bedrohungen aus dem Süden in Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt vorbeugen.

Das Projekt wurde im Rahmen der Wiedereingliederung durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft finanziert. Es wird am Orient-Institut Hamburg fortgeführt.

Kooperation:

Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, FU Berlin.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Der Heilige Krieg des Islam und das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 1/1991, S. 40-44.

Bearbeiterin: Anna Kreikemeyer

Projekt: Politik der UdSSR/GUS-Staaten gegenüber Institutionen im gesamteuropäischen Prozeß als Beitrag zur Reform und Sicherheit, exemplarisch dargestellt am Bereich der menschlichen Dimension (1989-1992)

Kurzbeschreibung:

In diesem Forschungsvorhaben wird die sowjetische bzw. die Politik der GUS-Staaten gegenüber Institutionen im gesamteuropäischen Prozeß der menschlichen Dimension für den Untersuchungszeitraum 1989-1992 untersucht. Dabei wird von folgenden Arbeitshypothesen ausgegangen:

Mit Blick auf eine friedliche Entwicklung wird vom Konzept der Einbeziehung der UdSSR/GUS-Staaten in den gesamteuropäischen Prozeß ausgegangen, das heißt, daß angemessene Formen der Beteiligung gesucht werden müssen.

Unabdingbare Voraussetzungen für friedensfähige, kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, politischer Pluralismus und Menschenrechtsschutz sowie "Erwartungsverlässlichkeit" durch Regimebildung und Institutionalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen.

Demokratische, gewaltfreie Konfliktbewältigung im Inneren macht aggressives außenpolitisches Verhalten unwahrscheinlich. Der Zwang zur Koordination von Staaten in multilateralen Institutionen verstärkt diesen Trend, indem er das Sicherheitsdilemma durch Berechenbarkeit und Transparenz verringert.

Wegen der Wechselwirkung von Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsentwicklung stellen Integrationsmaßnahmen im Bereich der menschlichen Dimension ein nicht zu unterschätzendes Instrument der Außenpolitik dar. Die politische Entwicklung in der UdSSR und den GUS-Staaten weist geradezu auf die Schlüsselrolle von Demokratie und Recht als Reforminstrumente hin.

Für den Bereich der menschlichen Dimension entwickeln sowohl Euro-
parat als auch KSZE eine teilweise sich überlappende funktionale Zu-
ständigkeit. Diese institutionelle Verbindung wird zunehmend wichtig
bei der Bewältigung von Reformfolgeproblemen wie der Migration und
dem Minderheitenschutz.

Im Berichtszeitraum 1991 wurden die Möglichkeiten der Beteiligung der
UdSSR/GUS-Staaten beim Aufbau eines gesamteuropäischen Rechts-
raumes für die genannten Institutionen weiterverfolgt. Die krisenhaften
Entwicklungen und abrupten Veränderungen auf dem Gebiet der ex-
UdSSR erschwerten diesen Forschungsprozeß. Die Diversifikation der
politischen Akteure erfordert eine Überarbeitung der Einbeziehungs-
konzepte.

Wissenschaftliche Kooperation:

Forschungssekretariat des Europarates, Straßburg, Informationszentrum
"Europarat" am Moskauer Europa-Institut (Frau Dr. Natalja Dubinina),
Dr. Michael R. Lucas, KSZE-Experte, Bonn.

Veröffentlichungen zum Thema:

- The Council of Europe and Pan-European Integration, in: Peace
and the Sciences, English Edition, March 1991, pp. 1-18 (Zus. mit
Michael R. Lucas).
- Einbeziehung der Sowjetunion in den gesamteuropäischen Prozeß:
Der mögliche Beitrag des Europarates, in: Ehrhart, Hans-Georg,
Kreikemeyer, Anna, Schlichting, Ursel, Die Sowjetunion in Europa.
Beiträge zur "sowjetischen Frage", in: Hamburger Beiträge zur
Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 54, Hamburg 1991, S. 39-
72.
- Demokratisierung in der Sowjetunion: Möglichkeiten von Euro-
parat und KSZE im gesamteuropäischen Prozeß, in: Ehrhart, Hans-
Georg, (Hrsg.), Die "sowjetische Frage": Integration oder Zerfall?
Baden Baden 1991, S. 165-182.

Bearbeiter: Dieter S. Lutz / Jörg Wallner

Projekt: Fernerkundung und europäische Friedenssicherung

Kurzbeschreibung:

Der Aufbau neuer sicherheitspolitischer Strukturen ist nach der Beendigung der Blockkonfrontation in Europa, der Vereinigung Deutschlands, dem Abzug sowjetischer Truppen aus Mitteleuropa und der Auflösung der WVO zur unübersehbaren Notwendigkeit geworden. Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa, unterzeichnet im November 1990, erhielt durch die politischen und militärischen Veränderungen eine zu Beginn der Verhandlungen nicht vorhergesehene Bedeutung: Er markiert nicht nur den Übergang von einem auf Abschreckung basierenden zu einem kooperativen Sicherheitssystem in Europa, sondern dient zugleich während der Phase des Wandels als sicherheitspolitisches Gerüst, als Basis für den Aufbau neuer Strukturen. Richtungsweisend sind in diesem Zusammenhang die Verifikationsbestimmungen des Vertrags, da sie ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Vertragsparteien erfordern. Die institutionalisierte Zusammenarbeit aller beteiligten Staaten auf dem Gebiet der Verifikation wäre die logische und notwendige Konsequenz. Die Errichtung eines KSZE-Verifikationszentrums bzw. die Übertragung entsprechender Kompetenzen auf bestehende Einrichtungen der KSZE, etwa das Konfliktverhütungszentrum, kann trotz der noch vorhandenen Widerstände verschiedener westlicher Staaten als wahrscheinlich gelten.

Der Beitrag satellitengestützter Fernerkundung zur europäischen Friedenssicherung muß vor diesem Hintergrund untersucht werden. Im Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa ist erstmals in einem Rüstungskontrollabkommen der Einsatz multinationaler technischer Mittel, mit anderen Worten der internationale Betrieb von Satelliten zur Verifikation der Einhaltung der Vertragsbestimmungen, ausdrücklich legitimiert worden. Die Arbeiten im Rahmen des Forschungsprojekts haben sich demgemäß in den letzten Monaten darauf konzentriert, den tatsächlichen Bedarf an einer solchen Komponente des Verifikationssystems zu ermitteln und die politischen Auswirkungen zu bestimmen. Parallel dazu sind in den anderen beiden Teilbereichen des interdisziplinären

nären Forschungsprojekts die völkerrechtlichen Aspekte des multinationalen Einsatzes von Satelliten zur Verifikation der Einhaltung vertraglicher Bestimmungen und die technischen Charakteristika in Frage kommender Satelliten untersucht worden.

Als Ergebnis der bislang am IFSH durchgeführten Untersuchungen ist festzuhalten, daß Fernerkundungssatelliten im Unterschied zu früheren Rüstungskontrollvereinbarungen nicht mehr alleine die gesamte Verifikationsaufgabe bewältigen müssen. Eingebunden in ein Verifikationssystem, das auf detailliertem Datenaustausch beruht, der durch Kontrollen vor Ort überprüft werden kann und das darüber hinaus die Durchführung von Inspektionen aus der Luft vorsieht, haben sie vielmehr eine spezifische Funktion zu erfüllen: die flächendeckende Beobachtung des Vertragsgebiets zur Gewinnung von Informationen, die dann als Grundlage für die Planung von Überflügen oder Vor-Ort-Inspektionen dienen. Unter den Gesichtspunkten der Einbeziehung der ehemaligen WVO-Staaten sowie (nach Helsinki 1992) der neutralen, nichtalliierten Staaten Europas in den Verifikationsprozeß und somit auch der Gleichstellung der Vertragsparteien, der Effektivität und Effizienz des Verifikationssystems und der Vertrauensbildung zwischen den Vertragsparteien bietet die Nutzung von Fernerkundungssatelliten im Rahmen einer gesamteuropäischen Verifikationsbehörde entscheidende Vorteile gegenüber unilateralen oder bündnisweiten Einsatzoptionen.

Im Mittelpunkt der weiteren Arbeit im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Projektes stehen Fragen der organisatorischen Ausgestaltung einer gesamteuropäischen Verifikationsbehörde und der Datennutzung und -weitergabe.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Bochum.

Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln, Weßling.

Bearbeiter: Erwin Müller

Projekt: SKS als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Kurzbeschreibung:

Angesichts der tiefgreifenden politischen Veränderungen im europäischen Staatensystem hat sich der Bedarf an einer neuen Sicherheitsordnung der Zukunft sprunghaft erhöht. Aus dem Fundus der in der Diskussion befindlichen Alternativmodelle zur Ablösung einer labilen Sicherheitsgarantie durch Abschreckung bietet sich das Modell der Kollektiven Sicherheit an (Sicherheit durch SKS), in dessen Rahmen sich die Teilmodelle von Sicherheit durch Abrüstung, durch Angriffsunfähigkeit und durch Vertrauensbildung als integrale Elemente einbetten lassen.

Da das Modell aufgrund seiner unzulänglichen Umsetzung im Rahmen von Vorgängeransätzen wie Völkerbund und UNO (falls diese überhaupt als SKS gedacht waren bzw. implementiert wurden) vorbelastet ist und sich massiver Kritik ausgesetzt sieht, ist zunächst abzuklären, wo die prominentesten Defizite der "realisierten" Modelle liegen, die keineswegs mit potentiellen Defiziten der SKS-Idee identisch sein müssen. Gleichwohl ist auch dieser prinzipiellen Frage nachzugehen.

Um sie auf einer möglichst breiten und dementsprechend ergiebigen Basis beantworten zu können, werden auch andere historisch-empirische SKS-Ansätze untersucht und ausgewertet, insbesondere das alte Deutsche Reich ab 1648 und der Deutsche Bund. Darüber hinaus läßt sich aus dem Studium der älteren und aktuelleren Geschichte von Bündnissen und Balance-of-Power-Systemen, die mit einem SKS eine Vielzahl struktureller Analogien gemeinsam haben, eine Fülle von verwertbaren Aufschlüssen über die Funktionsbedingungen kollektiver Sicherheit, insbesondere den Beistandsaspekt, gewinnen.

Kombiniert man diese empirisch gewonnenen Erkenntnisse mit einigen logischen Deduktionen aus vorliegenden generellen Hypothesen, so sollten sich normative Vorgaben formulieren lassen, nach denen ein SKS auszugestalten wäre (dies aber in steter Rückbindung zu dem Wissen um die politischen Bedingungen, unter denen ein SKS überhaupt erst funktionieren kann).

Konkret geht es also um die Ausformulierung der Satzungsrichtlinien eines effektiven SKS, die sowohl alle nötigen Details mit der gebotenen

Verbindlichkeit regeln als auch allen hinlänglich wahrscheinlichen Problemfällen vorausschauend gerecht werden, indem ihre Bearbeitbarkeit normativ gesichert wird. Sie müßten alle relevanten Kriterien und Desiderate in einer so konkreten Weise angeben, daß sich ein rechtliches Regelwerk ableiten ließe.

Im einzelnen sind Antworten auf folgende Fragen vonnöten:

1. SKS-Teilnehmerkreis;
2. Organisation und Organe des SKS;
3. Entscheidungsfindungsmechanismen;
4. Kompetenzen des SKS;
5. Machtinstrumente des SKS, insbesondere ökonomischer und militärischer Art (supranationale Systemstreitkräfte, nationale Streitkräfte und deren - angriffsunfähige - Ausgestaltung etc.).

Die Arbeit in dem hier abgesteckten Forschungsbereich erfolgt nicht abgeschottet von anderen Optionen, sondern mit Blick auf ein weitergehendes Konzept einer Neuen Europäischen Friedensordnung, die zum zeitlich anschließenden Forschungsgegenstand werden sollte. Diese Friedensordnung könnte eine bei allem Sicherheitsgewinn nach wie vor auf der Prämisse potentieller internationaler Konfrontation beruhende Sicherheitsordnung ablösen, indem sie einen Zustand herbeiführt, in dessen Rahmen das (internationale) System die gewohnten Gefährdungen erst gar nicht produziert, sei es aufgrund der Charakteristik seiner Elemente, sei es aufgrund der Charakteristik der Beziehungen zwischen ihnen.

Das Forschungsprojekt wird 1991/92 im Rahmen eines Aufenthaltes in den USA am Center for International Affairs an der Harvard University/Cambridge fortgesetzt.

Wissenschaftliche Kooperation

Center for International Affairs, Harvard University

Center for Defense Journalism, Boston University

Veröffentlichung zum Thema:

- Die Vereinten Nationen nach dem Golf-Krieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 124-127 (zus. mit Dieter S. Lutz).

Bearbeiter: Reinhard Mutz

Projekt: Europäische Sicherheit nach dem Zerfall der Blockordnung

Kurzbeschreibung:

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht darin, Voraussetzungen und Erfordernisse zu klären, die den Gesellschaften Europas eine Zukunft gewährleisten

- ohne Krieg,
- frei von äußerer Bedrohung,
- in politischer Selbstbestimmung und
- nach Maßregeln einer für alle Beteiligten vorteilhaften Zusammenarbeit.

Der Zielzustand einer Ordnung des gesicherten Friedens in Europa stellt keine neue Forschungsaufgabe dar. Neuartig sind die politischen Bedingungen, die das Ende des Ost-West-Konflikts nach der vollständigen politischen Revolutionierung Osteuropas der Verfolgung des alten Ziels eröffnet hat.

Über die Funktionen, die ein leistungsfähiges System regionaler Sicherheit erfüllen muß, liegen ausreichende Erkenntnisse vor. Desgleichen können die erforderlichen organisatorischen und institutionellen Konsequenzen als zumindest theoretisch geklärt angesehen werden. Der Forschungsbedarf ergibt sich aus der Frage nach der angemessenen Transformationsstrategie: Auf welchen Wegen und durch welche Mittel kann der Übergang von einer konfrontativen blockförmigen zu einer kooperativen (kollektiven) Sicherheitsordnung Europas bewirkt werden? Welche Entwicklungen begünstigen einen solchen Übergang, welche Hindernisse stehen ihm entgegen? Dazu sind vornehmlich zwei Empiriefelder, die derzeit tiefgreifenden Veränderungen unterliegen, realanalytisch zu bearbeiten:

a) *Sicherheitspolitische Risikofaktoren.* Aus welchen Ursachen und Anlässen können künftig in Europa sicherheitsrelevante zwischenstaatliche Konflikte erwachsen? Welche Krisen- und Konfliktzonen bergen neue (nationale, ethnische, menschenrechts- und minoritätspolitische, ökonomische, ökologische) Gefahrenpotentiale? Bedrohen außereuropäische

Konflikte Europa? Kommt eine größere Verantwortung für den Frieden in Krisenregionen der Dritten Welt auf Europa zu?

b) *Sicherheitspolitische Interessenlagen.* Wie definieren die wichtigsten europäischen Staaten ihre Sicherheit nach außen? Wodurch sehen sie sich zu Sicherheitsvorkehrungen veranlaßt? Welche Ziele und Interessen verbinden sich mit der Forderung nach verstärkter sicherheitspolitischer Integration Westeuropas? Was veranlaßt das Bestreben mittel- und osteuropäischer Länder nach Assoziierung und Integration in die multinationalen Zusammenschlüsse des Westens auch auf militärischem Gebiet?

Das Projekt soll Aufschlüsse über Handlungsspielräume und Optionen nicht zuletzt auch der deutschen Sicherheitspolitik erbringen. Es ist auf eine kooperative Bearbeitungsweise angelegt.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die NATO auf der Suche nach ihrer neuen Rolle, in: J. Schwerdfeger, E. Bahr, G. Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 129-139.
- Die Debatte über einen erweiterten Auftrag der Bundeswehr, in: Johannes Schwerdfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 222-235.

Bearbeiter: Götz Neuneck

Projekt: Rüstungsmodernisierung, neue Technologien und Proliferationsgefahren

Kurzbeschreibung: Die Geschwindigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischer Entwicklungen hat in den letzten Jahren eher zugenommen als abgenommen. Ähnliches gilt für die Weiterverbreitung von rüstungsrelevanter Hochtechnologie. Die Resultate von Wissenschaft und Technik, die in den Rüstungsbereich hineinfließen, können als konstanter Faktor im Prozeß der Rüstungsdynamik angesehen werden. Nicht mehr die Bedrohung aus dem Osten, sondern regionale Konflikte in der Dritten Welt und die damit verbundenen Gefahren zur Weiterverbreitung von Hochtechnologie und Massenvernichtungswaffen bilden die Legitimation für die Rüstungsbudgets der Industrieländer.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, den technologischen und sicherheitspolitischen Wandel auf dem Gebiet konventioneller Waffensysteme zu verfolgen, und mögliche Vorschläge für die regionale Rüstungskontrolle, den Technologietransfer und zukünftige Kooperationsmöglichkeiten zwischen Industrieländern und Ländern der Dritten Welt zu erarbeiten.

Der Golfkrieg bildete nach Meinung vieler die Bestätigung der Überlegenheit konventioneller hochtechnologisch eingebundener Kriegsmittel. Die westliche Spitzentechnologie, die eigentlich im Hinblick auf das europäische Gefechtsfeld entwickelt worden war, war jedoch nicht ausschlaggebend für das Ergebnis des Krieges, sondern für die Minimierung der Verluste der Alliierten. Es ist zu befürchten, daß auf die Erfahrungen in diesem Konflikt hin zukünftige Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme konstruiert und legitimiert werden. Die vernichtende Niederlage der numerisch starken irakischen Armee wird andere Länder der Dritten Welt nicht ruhen lassen, sich Produktionskapazitäten zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen zuzulegen. Dafür notwendige Trägersysteme können heute sowohl in eigener Regie als auch durch Umgehung von Technologieexportverboten hergestellt werden.

Angesichts der veränderten politischen Rahmenbedingungen ist eine Reform der Rüstungskontrolle unabwendbar. Bilaterale Rüstungskontrollverträge zwischen den Supermächten dienen größtenteils nur noch der Absicherung der entsprechenden Rüstungspotentiale bzw. der eigenen Sicherheit. Zukünftige globale Rüstungskontrolle, die auch das Problem der Waffenexporte und den Export von Waffentechnologie mitberücksichtigt, müßte in jeweils lokale Rüstungskontrollvereinbarungen eingebettet sein. Moratorien, Verzichtserklärungen in bezug auf Waffenexport und Transparenz in bezug auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologien könnten den Einstieg in regionale Rüstungskontrolle bilden.

Wissenschaftliche Kooperation:

IANUS, c/o Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
George Washington University, Washington D.C.
Academy of Science, Moskau

Veröffentlichungen zum Thema:

- Raketen im Golf - Ist der Geist schon aus der Flasche?, in: Hauswedel, Lammers: Frieden gestalten nach dem Kalten Krieg - Neue Projekte der Friedenswissenschaft, Bonn 1991, S. 179 - 186 (zus. mit J. Scheffran).
- Der Elektronische Todesgott, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Umwelt und Wissenschaft, 5. April 1991, S. 12.
- Hightech und der Krieg am Golf - Die Kosten der modernen Kriegführung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 127-133 (zus. mit R. Kaestner).
- Neue Rüstungstechnologien und das Problem ihrer Begrenzung, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.): Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 236-248, Nachdruck in: Frankfurter Rundschau, 21. September 1991.

Bearbeiter: Frank Schimmelfennig

Projekt: Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie: Läßt sich das Modell der KSZE auf den Vorderen Orient übertragen?

Kurzbeschreibung:

Im Verlauf und im Gefolge des Golfkrieges ist von europäischer Seite vielfach vorgeschlagen worden, im Nahen und Mittleren Osten einen Friedensprozeß nach dem Vorbild der KSZE zu initiieren. Aufgabe des Projekts war es, durch einen Vergleich der europäischen Rahmenbedingungen in der Entstehungszeit der KSZE mit der gegenwärtigen Situation im Vorderen Orient zu prüfen, ob ein gesamtregionaler Mehr-Ebenen- und Multi-Issue-Konferenzprozeß auch für diese Region ein angemessenes und erfolgversprechendes Verfahren der friedlichen Konfliktbearbeitung sein könnte. Verglichen wurden dabei insbesondere die Struktur der Konflikte und Staatenbeziehungen in beiden Regionen, der Stand der Konfliktentwicklung sowie die Übertragbarkeit der KSZE-Konfliktmaterien und der KSZE-Prozeduren. Das Ergebnis der Untersuchung gibt insofern Anlaß zur Skepsis, als die gesamtregionale Konferenzdiplomatie unter den Staaten der Region keine einflußreichen Befürworter hat, der Vordere Orient weit diffuser strukturiert ist als das Europa der Blockkonfrontation, ein allgemein akzeptierter territorialer Status quo und Gewaltverzicht noch nicht erreicht ist und andere Probleme im Vordergrund der internationalen Beziehungen stehen als in Europa. Andererseits ist ein Friedensprozeß im Vorderen Orient nicht anders als konferenzdiplomatisch denkbar, und gerade die KSZE-typischen Konferenzprozeduren könnten die Gewähr dafür bieten, daß auch bei tiefgreifenden Differenzen und in Krisenzeiten der Gesprächsfaden nicht abreißt.

Das Projekt wurde im Rahmen des von Claudia Schmid bearbeiteten Projekts "Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der 'Dritten Welt' durchgeführt.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die Sowjetunion und der Krieg am Golf. Vom Rivalen zum Juniorpartner der USA?, in: Arbeitsgruppe Friedensforschung (Hrsg.), Analysen zum Golf-Krieg, Tübingen 1991, S. 25-29.
- Regionale Ursachen und Folgen des Golfkrieges, in: Johannes Schwerdfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, .S. 82-96 (zus. mit Claudia Schmid).
- Der Vordere Orient nach dem Golfkrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991. S. 139-142 (zus. mit Claudia Schmid).
- KSZVO als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 60, Hamburg 1991.

Bearbeiterin: Ursel Schlichting

Projekt: Nationalitätenprobleme in der ehemaligen Sowjetunion

Kurzbeschreibung:

Bereits vor dem gescheiterten Putschversuch im August 1991 hatten alle 15 Unionsrepubliken und zahlreiche kleinere Verwaltungseinheiten und ethnische Minderheiten ihre Souveränität im Rahmen einer "zu erneuernden" Union oder ihre staatliche Unabhängigkeit erklärt. Die zentrale Nationalitätenpolitik hatte sich den Problemen bis dahin nicht gewachsen gezeigt, auf die Autonomieforderungen der Völker in der Sowjetunion zu spät reagiert und damit einer Radikalisierung der nationalen Bewegungen und ihrer Forderungen Vorschub geleistet. Vor allem die Souveränitätsdeklaration der RSFSR zeigte, daß es bei den Konflikten nicht mehr nur um die national-kulturelle Emanzipation kleinerer Völker gegenüber dem von Russen dominierten Zentralstaat ging, sondern grundsätzlich um den (schein-)föderativen Aufbau der Union und ihre politische Struktur.

Die für den 20. August 1991 vorgesehene Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages war nicht zufällig der unmittelbare Auslöser des Putschversuchs: Die eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen der Unionsregierung und den Republiken um Eigentumsfragen und Kompetenzverteilung wirkten sich schließlich auf alle Bereiche sowjetischer Politik aus. Ein besonders enger Zusammenhang muß dabei zwischen der Nationalitätenfrage und der Konsolidierung der an der Einheit der Union mit einer starken Zentrale festhaltenden konservativen Opposition gegen die Reformpolitik seit etwa Mitte 1990 angenommen werden. Ausgangspunkt der Untersuchung sind folgende Hypothesen: Der Föderalismus sowjetischen Typs ist gescheitert, Zentralismus ist mit der Demokratisierung eines Vielvölkerstaates unvereinbar. Der unkontrollierte Zerfall der ehemaligen Sowjetunion in weitgehend voneinander isoliert agierenden Nationalstaaten, die draüber hinaus der heutigen internationalen ökonomischen Verflechtungen, globalen ökologischen Gefahren und nationalen Sicherheitsinteressen nicht mehr gerecht werden, hätte jedoch ebenso wie das Scheitern der Reformpolitik an der Nationalitätenfrage unabsehbare Folgen für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Auch die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger

Staaten (GUS) am 21. Dezember 1991 kann bisher die Aufrechterhaltung notwendiger wirtschaftlicher Beziehungen ebensowenig gewährleisten wie die erforderliche Kooperation z.B. im sicherheitspolitischen Bereich.

Nationale Bewegungen haben andererseits der Reformpolitik durchaus positive Impulse gegeben, so z.B. in der Diskussion um die Aufgabe des Führungsanspruchs der KPdSU, und somit zum Systemwandel bzw. -wechsel in der Sowjetunion beigetragen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich drei zentrale Fragen: Welchen Anteil haben die nationalen Bewegungen am Systemwandel bzw. -wechsel in der Sowjetunion? Können oder müssen (kon-)föderative Strukturen vorübergehend aufrechterhalten werden, um eine allmähliche Entflechtung zu gewährleisten? Inwieweit können konföderative Strukturen auch eine längerfristige Perspektive zur Lösung der zahlreichen Nationalitätenprobleme (z.B. wären Minderheitenkonflikte auf Republiksebene durch Sezession nicht gelöst) auf dem Gebiet der heutigen Sowjetunion bieten und eine bessere Alternative zu einem Nebeneinander souveräner Nationalstaaten darstellen bzw. welche Formen der Integration können bei gleichzeitiger Wahrung legitimer nationaler Interessen der Nationalstaatenbildung entgegengesetzt werden?

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die Krise in der Sowjetunion, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.): Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 163-179 (zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Anna Kreikemeyer).
- Die Nationalitätenfrage als Strukturproblem der Perestrojka, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting: Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 54, Hamburg 1991, S. 73-108.
- Strukturprobleme der Perestrojka: Die Nationalitätenfrage, in: Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Die "sowjetische Frage". Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991, S. 19-42.

Bearbeiterin: Claudia Schmid

Projekt: Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt" am Beispiel des Vorderen Orients

Kurzbeschreibung:

Mit der Auflösung des Ost-West-Konfliktes und mit dem zweiten Golfkrieg veränderten sich die Rahmenbedingungen internationaler Sicherheitspolitik. Zwei neue Trends, von denen Großmächte und Regionalstaaten gleichermaßen betroffen sind, treten offen zu Tage:

1. Wenngleich Sicherheit im Nord-Süd-Kontext unteilbar ist, so haben sich doch viele Staaten sicherheitspolitisch verselbständigt.
2. In dem Maße, in dem sich Chancen zur friedlichen Konfliktbeilegung eröffnen, erfolgt eine Re-Traditionalisierung von Sicherheitspolitik, d.h. militärische Konfliktbearbeitung bleibt bzw. wird wieder hoffähig.

Sicherheitspolitik der 90er Jahre bewegt sich somit zwischen Globalisierung und Regionalisierung einerseits und zwischen Pazifizierung und Militarisierung andererseits. Vor diesem Hintergrund erfolgt die Suche nach Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt".

Welches sind die Bedingungen und wo existieren Möglichkeiten, Regionalkonflikte friedlich beizulegen, und Sicherheitsprobleme in der "Dritten Welt" gewaltfrei zu bearbeiten?

Das Projekt, das auf verallgemeinerungsfähige Aussagen abzielt, verfolgt diese Fragen am Beispiel des Vorderen Orients. In keiner Region der Welt sind seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Kriege geführt worden, nirgendwo sonst in der "Dritten Welt" stehen sich so viele Waffen und Soldaten gegenüber. Im Vorderen Orient existiert eine Fülle gravierender Konflikte: Streit um Territorien und Ressourcen, ethnische und religiöse Spannungen, politische Protestbewegungen, soziale Verteilungskämpfe, die gewalttätig ausgetragen werden usw. Gerade in dieser Region lassen sich die Tendenzen von Globalisierung/Regionalisierung und Militarisierung/Pazifizierung in herausragender Weise aufzeigen.

Der zweite Golfkrieg ist der erste Konflikt, in dem das Militärpotential des Irak als Gefährdung westlicher Sicherheitsinteressen wahrgenommen

wurde. Als globaler Interventionskrieg avancierte er zum Testfall in einer Zeit des Versuchs der weltpolitischen Neugestaltung. Der zweite Golfkrieg demonstrierte eindrücklich, daß die Befriedung der Region zwar längst nicht mehr allein von der Lösung der Israel-Palästina-Frage abhängig ist, daß es jedoch ohne eine Konflikteinhegung dieses Kernproblems niemals eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung in der Region geben wird. Und schließlich schuf auch dieser Krieg, neue Probleme, ohne die alten zu lösen.

Vor dem skizzierten theoretischen und empirischen Hintergrund werden Antworten auf die Fragen gesucht:

- Warum kann es im Vorderen Orient keine rein regionalen Lösungen geben?
- Wird ein regionales und globales Sicherheits-Mixsystem mit militärischen und ökonomischen Komponenten eine Befriedung bringen?
- Wie ist die bereits eingesetzte Militarisierung der Politik in den Regionalstaaten zu stoppen?
- Welche Bedingungen könnten dazu beitragen, daß die geplante Palästina-Konferenz nicht eine neue diplomatische Nullrunde eröffnet?

Veröffentlichungen zum Thema:

- Konflikteinhegung und Friedenschancen regionaler Dritte-Welt-Konflikte, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, 1/1991, S. 5-10.
- Lokale, regionale und internationale Dimensionen des Golfkonfliktes, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 56, Hamburg 1991.
- Golfkrise und Nah-Ost-Konflikt, in: P. Pawelka, I. Pfaff, H.-G. Wehling (Hrsg.), Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, 1991, S. 157-171.
- Das Konzept des Rentier-Staates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zur Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient. Hamburg, Münster 1991.

Bearbeiterin: Angelika Spelten

Projekt: Probleme und Chancen kooperativer Friedenssicherung in einem gesamteuropäischen "System Vernetzter Kollektiver Sicherheit"

Kurzbeschreibung:

Das Projekt widmet sich dem aktuellen Kooperationsprozeß zwischen West- und Mitteleuropa (Polen, Ungarn und Tschechoslowakei). Aus der Analyse der aktuellen und potentiellen Leistungsfähigkeit der am Prozeß beteiligten Internationalen Organisationen sollen Vorschläge zur Überwindung dieser Diskrepanz und zur Etablierung eines Systems zur Vernetzten Kollektiven Sicherheit erarbeitet werden.

Ausgangspunkt des Forschungsvorhabens sind die neuen Anforderungen, die sich in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges an die Friedenssicherung stellen. Die Gefahren der Zukunft liegen in potentiell grenzüberschreitenden ökonomischen Krisen, ethnischen Konflikten und Umweltkatastrophen, die zu Menschenrechtsverletzungen und Migration führen. Die daraus entstehenden zwischenstaatlichen Konflikte können nur dann friedlich geregelt werden, wenn sich die Staatengemeinschaft auf gemeinsame Mechanismen und Verfahren zur Verhütung von Krisen und zur Bearbeitung von Konflikten einigt. Die Grundlagen dazu bestehen bereits seit 1945 mit der Charta der UNO, in der sich die Staaten auf Verfahren zur friedlichen Streitbeilegung in allen Bereichen, von denen eine Bedrohung des Weltfriedens ausgehen kann (Kap. VI und VII der UN Charta), einigten. Auf UN-Ebene blieben diese Absichten allerdings bislang aufgrund zu heterogener Interessenlagen zwischen Ost und West und zwischen Nord und Süd in Ansätzen stecken.

Mit der Charta von Paris im November 1990 und dem Abkommen von Valletta im Februar 1991 wurden die Prinzipien der friedlichen Streitbeilegung erneut als Grundlage der internationalen Beziehungen und konkret als Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den westlichen Industrieländern und den Staaten Ostmitteleuropas bestätigt.

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht darin, die Rahmenbedingungen für eine Übertragung und Anwendung dieser Prinzipien im Sinne eines regional auf Europa begrenzten Systems Vernetzter Kollektiver Sicherheit zu analysieren. Als Arbeitshypothese geht das Projekt davon

aus, daß der Frieden in Europa umso stabiler wird, je mehr die Prinzipien der Kollektivität und der Vernetztheit bei der Integration in Gesamteuropa berücksichtigt werden.

In Kooperation mit weiteren europäischen Forschungsinstituten werden die Leistungen von OECD, EG, KSZE und Europarat bezüglich der Differenzierung und Konkretisierung der Prinzipien zur friedlichen Streitbeilegung sowie die Entwicklung von international bindenden Verfahren in Fallstudien untersucht. Leitende Fragestellungen werden dabei sei:

Wo liegen die zentralen Interessengemeinsamkeiten und -konflikte

a: der westeuropäischen Länder?

b: der mitteleuropäischen Länder?

c: innerhalb der internationalen Organisationen?

d: welche Rückwirkungen haben die Interessenkonflikte auf die Entscheidungsfindung innerhalb der internationalen Organisationen?

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, Ruhr-Universität Bochum.

Institut für Technologiemanagement, St. Gallen, Schweiz.

Zentrum für Europäische und Internationale Studien, Katholische Universität Nijmegen, Niederlande.

Institut für Internationale Beziehungen, Prag.

Institut für Internationale Beziehungen, Warschau.

4. Veröffentlichungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 1991

Egon Bahr

- Europa nach dem Golfkrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 116-118.
- Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991 (Hrsg. zus. mit Johannes Schwerdtfeger und Gert Krell).
- Sicherheit für und vor Deutschland, München 1991.
- Verantwortung heißt, notfalls auch nein zu sagen. Deutsche Interessen - national und europäisch, in: Frankfurter Rundschau, Dokumentation 2. Juli 1991.

Matthias Bartke

- Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg, Stellungnahme des IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 11, Hamburg 1991 (Mitverf.).
- Die Trennung zwischen Bündnisfall und Verteidigungsauftrag, in: Frieden und Abrüstung, Sondernr. 1/1991, S. 24-26.
- Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr. Eine verfassungsrechtliche Analyse. Baden-Baden 1991.

Susanne Bund

- Golfkrieg. Zeitschriftenauswahlbibliographie, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 163-165.

- Chronologie der Golfkrise, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 155-162 (zus. mit A. Endsberger, M. Karadi, K. Lüschen).
- Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Literaturlauswahl 1991, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 4/1991, S. 214-216.

Jaromir Cekota

- The Political Economy of Disarmament in the 1990s, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 58, Hamburg 1991.

Hans-Georg Ehrhart

- Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg, Stellungnahme des IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 11, Hamburg, 1991 (Mitverf.).
- 12 Thesen zur Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und einer neuen europäischen Architektur, in: Loccum Protokolle 19/90, Der Aufbau Europas, Bd. 1, Rehburg-Loccum 1991, S. 262-270.
- Andreas Wilkens, Der unstete Nachbar, besprochen in: Dokumente, 3/1991, S. 249.
- Nukleare und konventionelle Abrüstung in Europa: Zur französischen Position, in: Oliver Thränert (Hrsg.), Nach Wien I: die Zukunft der nuklearen und konventionellen Abrüstung auf dem Wege zu einer neuen europäischen Friedensordnung, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1991, S. 83-102 (Studie Nr. 42).

- Die Sowjetunion in Europa, Beiträge zur "sowjetischen Frage", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 54, Hamburg 1991 (zus. mit A. Kreikemeyer und U. Schlichting).
- Eine schwierige Partnerschaft: Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der EG, in: Hans-Georg Ehrhart, Anna Kreikemeyer, Ursel Schlichting (Hrsg.), Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 54, Hamburg 1991, S. 5-37.
- Die Europäische Gemeinschaft vor neuen Herausforderungen, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachen 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 140-150.
- Die Krise in der Sowjetunion, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachen 1991, Münster/ Hamburg 1991, S. 163-179 (zus. mit A. Kreikemeyer und U. Schlichting).
- Die "sowjetische Frage": Integration oder Zerfall? Mit einem Vorwort von Egon Bahr, Baden-Baden 1991.
- Einleitung, in: Hans-Georg Ehrhart, Die "sowjetische Frage": Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991, S. 9-16.
- Die EG und die "sowjetische Frage", in: Hans-Georg Ehrhart, Die "sowjetische Frage": Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991, S. 141-163.
- Sicherheitspolitische Perspektiven von PS und SPD - Eine schwierige Annäherung zwischen beiden Parteien, in: Dokumente, 5/1991, S. 376-380.
- Hatten die Putschisten den Finger am nuklearen Drücker? Die Kontrolle der Atomwaffen in der Sowjetunion, in: Frankfurter Rundschau, 2. September 1991.

Stefanie Halle

- Perspektiven für eine Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Eine Bilanz der Kolloquien des IFSH 1990/91, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 4/1991, S. 216-220.
- Inhaltsangaben, in: Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dokumentation der Kolloquien des IFSH 1990, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 55, Hamburg 1991, S. 9-16.

Otfried Ischebeck

- Der Kampfpanzer der Zukunft, in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle, Baden-Baden 1991, S. 233-248.

Margret Johannsen

- Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg, Stellungnahme des IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 11, Hamburg 1991 (Mitverf.).
- Susanne Peters, The Germans and the INF Missiles. Getting Their Way in NATO's Strategy of Flexible Response, Baden-Baden 1990, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 2/1991, S. 110-111.
- Uli Jäger, Dimensionen des Golfkrieges. Materialien für den Unterricht, Tübingen 1991, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 176.

Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Bd. VI, Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 1990/91, S. 395-440.

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und ökologische Sicherheit in Europa, in: Johannes Schwerdfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 119-128.
- Umweltprobleme zwischen West und Ost - Herausforderung für Gemeinsame Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 4/1991, S. 197-202.

Lothar Gutjahr

- Ken Booth/John Baylis, "NATO and Nuclear Weapons. Alternative Defence versus Alliance Reform", London 1989, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 1/1991, S. 52 f.
- European and Atlantic Institutions in a Changing Environment, Protokollband des 7. Internationalen Humboldt Kolloquium zur Friedensforschung, Berliner Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, 4 (1991), Seite 69 ff.
- What comes after Yalta? in: Spectrum, Vol.I, May 1991, S.38 ff.
- Components of a New Atlanticism. The U.S., Britain and Germany: "Special Relationship" versus "Partnership in Leadership"?, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 57, Hamburg 1991 (zus. mit Oliver Ramsbotham).

Stefanie Halle

- Perspektiven für eine Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Eine Bilanz der Kolloquien des IFSH 1990/91, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 4/1991, S. 216-220.
- Inhaltsangaben, in: Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dokumentation der Kolloquien des IFSH 1990, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 55, Hamburg 1991, S. 9-16.

Otfried Ischebeck

- Der Kampfpanzer der Zukunft, in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle, Baden-Baden 1991, S. 233-248.

Margret Johannsen

- Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg, Stellungnahme des IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 11, Hamburg 1991 (Mitverf.).
- Susanne Peters, The Germans and the INF Missiles. Getting Their Way in NATO's Strategy of Flexible Response, Baden-Baden 1990, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 2/1991, S. 110-111.
- Uli Jäger, Dimensionen des Golfkrieges. Materialien für den Unterricht, Tübingen 1991, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 176.

Roland Kaestner

- Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg, Stellungnahme des IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 11, Hamburg 1991 (Mitverf.).
- Hightech und der Krieg am Golf - Die Kosten der modernen Kriegführung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 127-133 (zus. mit Götz Neuneck).
- Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dokumentation der Kolloquien des IFSH 1990, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 55, Hamburg 1991 (Red.).

Anna Kreikemeyer

- The Council of Europe and Pan-European Integration, in: Peace and the Sciences, English Edition, March 1991, pp. 1-18 (zus. mit Michael R. Lucas).
- Einbeziehung der Sowjetunion in den gesamteuropäischen Prozeß: Der mögliche Beitrag des Europarates, in: Hans-Georg Ehrhart, Anna Kreikemeyer, Ursel Schlichting (Hrsg.), Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 54, Hamburg 1991, S. 39-72.
- Die Krise in der Sowjetunion, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 163-179 (zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Ursel Schlichting).
- Demokratisierung in der Sowjetunion: Möglichkeiten von Europarat und KSZE im gesamteuropäischen Prozeß, in: Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.), Die "sowjetische Frage". Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991, S. 165-182.

Dieter S. Lutz

- Sicherheit 2000. Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, Baden-Baden 1991.
- Sicherheitspolitik, in: Holtmann, Everhard (Hrsg.), Politik-Lexikon, München/Wien 1991, S. 578 f.
- Zehn Thesen - Zu möglichen Orientierungspunkten für die Diskussion, in: Heck, Gerhard/Schurig, Manfred (Hrsg.), Friedenspädagogik, Darmstadt 1991, S. 217 f.
- Knut Ipsen, Völkerrecht, München 1990, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 1/1991, S. 54
- Ulrich Duchrow/Rainer Eckertz (Hrsg.), Die Bundeswehr im Schulunterricht, Baden-Baden 1988, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 2/1991, S. 112 f.
- Gerhard Heck/Manfred Schurig (Hrsg.), Friedenspädagogik, Darmstadt 1991, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 2/1991, S. 113.
- Sicherheit/Internationale Sicherheitspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik, München 1991, S. 602-607.
- Zur zukünftigen weltpolitischen Rolle der Vereinten Nationen, in: Friedrich Ebert Stiftung, Zukünftige weltpolitische Rolle der Vereinten Nationen, Bonn, Juni 1991, S. 1-6.
- Bundeswehr im Schulunterricht, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 2/1991, S. 204-206.
- Die Vereinten Nationen nach dem Golf-Krieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 124-127 (zus. mit E. Müller).

- Ist der "klinisch saubere" Krieg verhältnismäßig? Zur Umdeutung des Übermaßes im Golf-Krieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 134-138.
- Rolf Mützenich, Atomwaffenfreie Zonen und Internationale Politik, Frankfurt a.M. 1991, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 176.
- Völkerrecht und Friedensordnung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 59, Hamburg 1991 (Hrsg.).
- Friedensforschung und Völkerrecht: Von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Völkerrecht und Friedensordnung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 59, Hamburg 1991, S. 7-12.
- "Festung Europa" oder: Sind Militär und Rüstung geeignete Mittel gegen die "Angst im Boot"?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 4/1991, S. 202-206.
- Militär, in: Brockhaus Enzyklopädie, Band 15, Mannheim 1991.

Erwin Müller

- Rüstungstechnologische Innovationen: Überzeitliche Prinzipien und Strukturkonstanten von Waffenentwicklung, Rüstungsmodernisierung und Rüstungsdynamik in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.): Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle. Baden-Baden 1991, S. 15-43.
- Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle, Baden-Baden 1991 (Mitherausgeber, zus. mit Götz Neuneck).

- Die Vereinten Nationen nach dem Golf-Krieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 124-127 (zus. mit Dieter S. Lutz).

Reinhard Mutz

- Der sicherheitspolitische Status eines geeinten Deutschlands, in: Jörg Calließ (Hrsg.), Die deutsche Einheit als europäische Frage, Loccumer Protokolle 54, Rehburg-Loccum 1991, S. 157-159, 184-187.
- Die NATO auf der Suche nach ihrer neuen Rolle, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 129-139; Nachdruck in: jet-news, Organ des Verbandes der Besatzungen strahlengetriebener Kampfflugzeuge der Deutschen Bundeswehr, 4/1991, S. 8-22.
- Die Debatte über einen erweiterten Auftrag der Bundeswehr, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 222-235.
- Kriegssponsor? Hilfssheriff? Oder was sonst? Der Golf, die Deutschen und die FAZ, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 153-154.
- Das Militär beurteilte die Lage am Golf, in: Berner Zeitung v. 18.1.1991, S. 8.
- Folgen eines Straffriedens gefährlich, in: Hamburger Morgenpost v. 27.2.1991, S. 7.

Götz Neuneck

- Raketen im Golf - Ist der Geist schon aus der Flasche?, in: Hauswedel, Lammers: Frieden gestalten nach dem Kalten Krieg - Neue

Projekte der Friedenswissenschaft, Bonn 1991, S. 179-186 (zus. mit J. Scheffran).

- Der Elektronische Todesgott, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Umwelt und Wissenschaft, 5. April 1991, S. 12.
- Neue konventionelle Rüstungstechnologien und das Problem ihrer Beschränkung, in: Oliver Thränert (Hrsg.): Nach Wien I: die Zukunft der nuklearen und konventionellen Abrüstung auf dem Weg zu einer neuen europäischen Friedensordnung. Studie Nr. 42 der Abteilung Außenpolitikforschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Januar 1991.
- Hightech und der Krieg am Golf - Die Kosten der modernen Kriegführung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 127-133 (zus. mit Roland Kaestner).
- Neue Rüstungstechnologien und das Problem ihrer Begrenzung, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 236-248, Nachdruck in: Frankfurter Rundschau, 21. September 1991.
- Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle, Baden-Baden 1991 (Mithrsg. zus. mit Erwin Müller).
- Wissenschaft und Technologie als Faktoren der Rüstungsdynamik, in: E. Müller, G. Neuneck (Hrsg.), Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle, Baden-Baden 1991, S. 45-68 (zus. mit Wolfgang Liebert).

Frank Schimmelfennig

- Die Sowjetunion und der Krieg am Golf. Vom Rivalen zum Juniorpartner der USA?, in: Arbeitsgruppe Friedensforschung (Hrsg.), Analysen zum Golf-Krieg, Tübingen 1991, S. 25-29.

- Regionale Ursachen und Folgen des Golfkrieges, in: Johannes Schwerdfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/ Hamburg 1991, S. 82-96. (zus. mit Claudia Schmid).
- Der Vordere Orient nach dem Golfkrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991. S. 139-142 (zus. mit Claudia Schmid).
- KSZVO als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 60, Hamburg 1991.
- Der Golfkrieg und der Vordere Orient: Regionale Ursachen und Folgen, in: Nord-Süd-aktuell, 2/1991, S. 197-204 (zus. mit Claudia Schmid).

Ursel Schlichting

- Die Krise in der Sowjetunion, in: Johannes Schwerdfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 163-179 (zus. mit Hans-Georg Ehrhart und Anna Kreikemeyer).
- Die Nationalitätenfrage als Strukturproblem der Perestrojka, in: Hans-Georg Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting: Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 54, Hamburg 1991, S. 73-108.
- Strukturprobleme der Perestrojka: Die Nationalitätenfrage, in: Hans-Georg Ehrhart (Hrsg.): Die "sowjetische Frage". Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991, S. 19-42.

Claudia Schmid

- Lokale, regionale und internationale Dimensionen des Golfkonfliktes, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 56, Hamburg 1991.
- Golfkrise und Nah-Ost-Konflikt, in: P. Pawelka, I. Pfaff, H.-G. Wehling (Hrsg.), Die Golfregion in der Weltpolitik, Stuttgart, Berlin, Köln, 1991, S. 157-171.
- Golfkrise und Nah-Ost-Konflikt, in: Der Bürger im Staat, 1/1991, S. 56-60.
- Regionalkonflikte in der Dritten Welt, Schwerpunktthemenheft Sozialwissenschaftliche Informationen, 1/1991, Konzeption, Redaktion, Einleitung.
- Konflikteinhegung und Friedenschancen regionaler Dritte-Welt-Konflikte, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, 1/1991, S. 5-10.
- Der Golfkonflikt. Lokale, regionale und internationale Ursachen und Hintergründe, in: Pädagogik, 4/1991, S. 36-40.
- Der Golfkonflikt, in: Der Golf-Krieg. Eine vorläufige Bilanz. SPD-Baden-Württemberg (Hrsg.), März 1991, S. 33-37.
- Helga Baumgarten, Palästina - Befreiung in den Staat, besprochen in: Das Parlament, Dezember 1991.
- Regionale Ursachen und Folgen des Golfkrieges, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg, S. 82-96 (zus. mit F. Schimmelfennig).
- Der Golfkrieg und der Vordere Orient: Regionale Ursachen und Folgen, in: Nord-Süd-aktuell, 2/1991, S. 197-204 (zus. mit F. Schimmelfennig).

- Der Vordere Orient nach dem Golfkrieg, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 3/1991, S. 139-142 (zus. mit F. Schimmelfennig).
- Deutsche an die Fronten? Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 11/1991 (Mitverf.).
- Das Konzept des Rentier-Staates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zur Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient. Hamburg, Münster, 1991.

Jörg Wallner

- Hans und Michael Rühle, SDI-Chance, Wunschtraum, Gefahr? Frankfurt a.M./Bonn 1990, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 2/1991, S. 111-112.
- Bernd W. Kubbig (Hrsg.), Die militärische Eroberung des Weltraumes, 2 Bände, Frankfurt a.M. 1990, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 2/1991, S. 111-112.

5. Anhang

5.1 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit"

Die Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg hat die Durchführung von Forschung und Lehre, sowie die Pflege von internationalen Kontakten auf dem Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit zum Ziel. Sie arbeitet eng mit dem IFSH zusammen.

Von der Volkswagen-Stiftung wurden Mittel zur Verfügung gestellt, die in folgende 4 Teilprojekte der Arbeitsgruppe fließen:

1. Mathematische Untersuchungen zu Abrüstung und Stabilität (Prof. W. Kerby, Dipl.-Phys. G. Neuneck, Dipl.-Phys. R. Reimers, Dipl.-Math. B. Ebbesen).
2. Verifikation von konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernsensoren (Prof. J. Bienlein, Prof. H. Spitzer, Dipl.-Phys. R. Simmeth).
3. Rechnergestützte Bilddeutung als Werkzeug für die Vertragsverifikation (OSCAR-Projekt) (Prof. L. Dreschler-Fischer, Dipl.-Inf. C. Drewniok, Dipl.-Inf. H. Lange, Dipl.-Inf. Schröder).
4. Modernisierungstrends im Bereich konventioneller Rüstung (Prof. G. Lindström, Dr. O. Ischebeck, Dipl.-Phys. G. Neuneck).

Neben gemeinsamen Seminarveranstaltungen und Arbeitssitzungen am IFSH werden zusätzlich die Seminare 'Mathematik und internationale Sicherheit' und 'Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit' durchgeführt. Am Fachbereich Informatik wird seit dem Sommersemester 1991 ebenfalls ein Seminar zu 'Informatik und internationale Sicherheit' abgehalten. Die Mathematiker-Gruppe besuchte auf Einladung von Dr. V. Sergejew und Dr. Akimov das Analytical Center der Akademie der Wis-

senschaft/Moskau, das sich mit Modellierung und Simulation von sozialen Prozessen beschäftigt. Weitere Zusammenarbeit wurde vereinbart. Kooperationen bestehen bereits mit Gruppen in den USA (Princeton University, University of Maryland, Brookings Institution, Washington). Die Verifikationsgruppe beteiligte sich an Verifikationskonferenzen im In- und Ausland.

Die Arbeitsgruppe gibt die Schriftenreihe CENSIS-Reports heraus (CENSIS = Centre for Science and International Security).

5.2 Reihenübersicht

"Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- | | | |
|------|----|--|
| Heft | 1 | Reinhard Mutz, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden. März 1986.* |
| Heft | 2 | Dieter S. Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Zur Entstehung einer neuen Konzeption und zur bisherigen Resonanz in der Bundesrepublik. Mai 1986.* |
| Heft | 3 | Peter Wilke/Herbert Wulf, Manpower Conversion in Defence Related Industry. A report prepared for the International Labour Office. Juni 1986.* |
| Heft | 4 | Christiane Rix/Peter Wilke, Gemeinsame Sicherheit. Politische Strategie und alternatives Konzept. Juli 1986.* |
| Heft | 5 | Reinhard Mutz, Common Security. Elements of an Alternative to Deterrence Peace. Engl. version of vol. 1, translated by Dennis Mercer. Sept. 1986.* |
| Heft | 6 | William Kerby, The Impact of Space Weapons on Strategic Stability and the Prospects for Disarmament - A Quantitative Analysis. Okt. 1986. |
| Heft | 7 | Hanne-Margret Birckenbach/Christoph Sure, "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinder schreiben an Reagan und Gorbatschow über ihre Kriegsängste und Wünsche nach Frieden. Dez. 1986.* |
| Heft | 8 | Dieter S. Lutz, Common Security - the New Concept. Distinctive Features and Structural Elements of Common Security Compared with Other Security Policy Methods and Strategies. Dez. 1986.* |
| Heft | 9 | Alexander Theilmann, Die Diskussion über militärische Defensivkonzepte. Entwicklungen, Inhalte, Perspektiven. Dez. 1986.* |
| Heft | 10 | Christiane Rix, Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik der DDR. Dez. 1986.* |

- Heft 11 Dieter S. Lutz, Security Partnership and/or Common Security? On the Origins and Development of a New Concept and on the Criticisms and Reactions to it in the FRG and GDR. Translated by Andrew Denison. Dez. 1986.*
- Heft 12 Günther Baechler, EDI. "European Defence Initiative". Implications of Missile Defence in Europe for West German Security Policy (mit A. Statz). Dez. 1986.
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. März 1987.*
- Heft 14 Wolf Graf von Baudissin, Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zum 80jährigen Geburtstag des Gründungsdirektors des IFSH. Mai 1987.*
- Heft 15 Horst Fischer, Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit. Mai 1987.
- Heft 16 Tordis Batscheider, Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung. Juni 1987.
- Heft 17 Pal Dunay, Hungary's Security Policy. Juni 1987.
- Heft 18 Hans Carl von Werthern, Die Außenpolitik neutraler Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung. Juli 1987.
- Heft 19 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part I. Juni 1987.
- Heft 20 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part II. Juni 1987.
- Heft 21 Günther Baechler/Christiane Rix, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen". Nov. 1987.*

- Heft 22 Dieter S. Lutz, Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Nov. 1987.*
- Heft 23 Herbert Wulf, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen. Dez. 1987.*
- Heft 24 Veröffentlichungen 1971-1987 - Gesamtverzeichnis. Dez. 1987.*
- Heft 25 Dieter S. Lutz, On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack. Jan. 1988.*
- Heft 26 Jahresbericht 1987. Febr. 1988.*
- Heft 27 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz. Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen. Mai 1988.*
- Heft 28 Hanne-Margret Birckenbach, Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt - zur politischen Psychologie einer Streitkultur. Juni 1988.*
- Heft 29 Günter Bächler, Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Juli 1988.
- Heft 30 Nick Fiorenza, The Balance of Forces in Central Europe. August 1988.
- Heft 31 Margret Johannsen/Dieter S. Lutz, Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung. September 1988.*
- Heft 32 Andreas Pott, Europäische Sicherheit I - Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? September 1988.
- Heft 33 Margret Johannsen/Herbert Wulf (Hrsg.), Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit". Oktober 1988.
- Heft 34 Ludger Dünne, Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte. September 1988.

- Heft 35 Götz Neuneck, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle. Wege zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses. Dezember 1988.*
- Heft 36 Jahresbericht 1988. Februar 1989.*
- Heft 37 Hanne-Margret Birckenbach, Die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Eine Fallstudie zu den Chancen und Schwierigkeiten kommunikativer Friedensstrategien. April 1989.*
- Heft 38 Dieter S. Lutz, Basic Law, Security and Peace, Armament and Disarmament. September 1989.
- Heft 39 H.-G. Ehrhart/H. Bauer/A. P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Oktober 1989.
- Heft 40 Axel Krohn/Dieter S. Lutz, Europäische Sicherheit II. Oktober 1989.
- Heft 41 Dieter S. Lutz, Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung. November 1989.
- Heft 42 Roland Reimers, The Technological Aspects of Remote Sensing for Verification Purposes. Dezember 1989.
- Heft 43 Dieter S. Lutz, Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit. März 1990.*
- Heft 44 Matthias Bartke/Margret Johannsen (Hrsg.), Zur Zukunft Deutschlands. Januar 1990.
- Heft 45 Hans-Georg Ehrhart, Modelle europäischer Sicherheit. Januar 1990.
- Heft 46 Jahresbericht 1989. April 1990.
- Heft 47 Lothar Gutjahr, Konservative Reaktionen auf das Ende von Jalta. Mai 1990.
- Heft 48 Michael R. Lucas, The Conference on Security and Cooperation in Europe and the Post-Cold War Era. September 1990.
- Heft 49 Itshak Ledermann, Arms control and Verification: Past Development, German Approaches to CFE Verification and Possible Models of Verification in the Future. Oktober 1990.

- Heft 50 Lothar Jung, Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow. Oktober 1990.
- Heft 51 Bhupendra Jasani, European Arms Control Verification From Space. Oktober 1990.
- Heft 52 Mathias Martin, Sowjetische Sicherheitspolitik und Kollektive Sicherheit. Dezember 1990.
- Heft 53 Jahresbericht 1990. Januar 1991.
- Heft 54 Hans-Georg Ehrhart/Birgit Kreikemeyer/Ursel Schlichting, Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage". Mai 1991.*
- Heft 55 Roland Kaestner (Red.), Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dokumentation der Kolloquien des IFSH 1990. Juni 1991.*
- Heft 56 Claudia Schmid, Lokale, regionale und internationale Dimensionen des Golfkonfliktes. August 1991.*
- Heft 57 Lothar Gutjahr/Oliver Ramsbotham, Components of a New Atlanticism. September 1991.*
- Heft 58 Jaromir Cekota, The Political Economy of Disarmament in the 1990s. September 1991.
- Heft 59 Dieter S. Lutz, Völkerrecht und Friedensordnung. Diskussionsbeiträge. September 1991.
- Heft 60 Frank Schimmelfennig, Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? November 1991.

**"Hamburger Informationen zur Friedensforschung
und Sicherheitspolitik"**

- Heft 1 Dieter S. Lutz/Tordis Batscheider, Was bedeuten SDI, BMD, ASAT, EUREKA, EVI, ATM, ABM? Eine Einführung in die Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums. September 1986.*
- Heft 2 Dieter S. Lutz/Susanne Bund, Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986. Juni 1987.

- Heft 3 Egon Bahr/Dieter S. Lutz/Erwin Müller/Reinhard Mutz, Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa. Dezember 1987.*
- Heft 4 Margret Johannsen, Die Doppelte Null-Lösung. Dezember 1987.*
- Heft 5 Christiane Rix, Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Januar 1988.
- Heft 6 Herbert Wulf, Was heißt Rüstungskonversion? Februar 1988.
- Heft 7 Dieter S. Lutz, 1949-1989. Das Friedensgebot des Grundgesetzes - Anspruch und Wirklichkeit im vierzigsten Jahr. Mai 1989.
- Heft 8 Dieter S. Lutz, Tiefflug - Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Juli 1989.
- Heft 9 Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier": Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft. April 1990.
- Heft 10 Krieg oder Frieden am Golf? Stellungnahme des IFSH zur Golfkrise, November 1990.*
- Heft 11 Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg. März 1991.
- Heft 12 Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH. Januar 1992.

**"Pädagogische Informationen zur Friedensforschung
und Sicherheitspolitik"**

- Heft 1 Jens Müller-Kent, Rüstungskonversion - Ein Thema für den Unterricht? März 1988.*
- Heft 2 Margret Johannsen, Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren. September 1990.

Heft 3 Günther Gugel, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst 1991. November 1991.

*) vergriffen

5.3 Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The John Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
- Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg/Lahn
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Berghof-Stiftung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Bremen
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center for International Affairs, Harvard University
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft, Hamburg
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel
- Europa-Institut, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau
- Europarat, Forschungssekretariat, Straßburg
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris

- Forschungsgruppe Europa, Inst. für Politikwissenschaft, Johannes-Gutenberg Universität, Mainz
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- George Washington University, Washington, D.C.
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin
- IANUS, Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für USA- und Kanada-Studien, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau
- Institute for Defence Studies and Analysis, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge, Mass., USA
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for World Policy, New York, USA
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London
- King's College, Department of War Studies, London
- Landesverteidigungsakademie, Wien,
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining

- Ostkolleg, Köln
- Oxford Research Group, Oxford
- Pacific Institute for Studies in Development, Environment and Security, Berkeley
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Royal Institute of International Affairs, London
- Schweizerische Friedensstiftung, Bern
- Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Volkswagenwerk, Hannover
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg
- United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf
- Universität der Bundeswehr, Hamburg
- Universität der Bundeswehr, München
- University of St. Louis, Missouri, USA
- Verein für Friedenspädagogik, Tübingen
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin
- Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz

Friedensforscher fürchten Zerfall Europas

Bonn (afp) — Die drei führenden bundesdeutschen Friedensforschungsinstitute haben angesichts der Entwicklung in Jugoslawien und der Sowjetunion vor einem Zerfall Europas nach Volksgruppen gewarnt. „Es kann nicht angehen, daß überall dort, wo Serben leben, Serbien ist“, sagte Gert Krell von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) bei der Vorstellung des Friedensgutachtens 1991 am Donnerstag vor Journalisten in Bonn. Auch der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr, Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (ISFH), mahnte, eine „chemisch saubere Trennung“ der Nationalitäten sei nicht möglich.

Dringend wird in dem Friedensgutachten als Voraussetzung für die weitere Demokratisierung in der UdSSR eine stärkere Hilfe des Westens gefordert. Den Forschern zufolge sollte in der deutschen Verfas-

sung verankert werden, daß deutsche Streitkräfte an UN-Friedensmissionen oder an Einsätzen im Rahmen einer künftigen kollektiven europäischen Sicherheitspartnerschaft ermöglicht wird. Ferner plädieren sie für die Aufstellung einer deutschen Friedenstruppe für internationale Umweltkatastrophen.

Unabhängig davon sprach sich der SPD-Abrüstungsexperte Hermann Scheer für eine „integrierte Polizeitruppe“ der KSZE zur Eindämmung gewaltsamer ethnischer und regionaler Konflikte innerhalb Europas aus.

Gleichzeitig plädierte er für eine eigenständige, gemeinsame Sicherheitspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Die Nato müsse ebenso wie die Westeuropäische Union (WEU) bereit sein, sich spätestens nach der Etablierung einer EG-Sicherheitspolitik und von KSZE-Sicherheitsinstitutionen selbst aufzulösen.

taz, 30. August 1991

NATO soll Freundbild klären

Friedensforscher raten zum Abwarten bei neuer Strategie

Von unserem Korrespondenten Martin Winter

wtr BONN, 29. August. Die Festlegung einer neuen NATO-Strategie hält der Abrüstungsexperte Egon Bahr erst dann für sinnvoll, wenn sich die Verhältnisse in der Sowjetunion geklärt haben. Solange man nicht wisse, „wo sind Gegner und wo Freunde“ solle man abwarten. Auf jeden Fall aber müsse eine neue Strategie mit Polen, der CSFR, Ungarn, den Balten und Russen „abgestimmt“ werden. Dies gehört auch zu den Empfehlungen, die drei deutsche Friedensforschungsinstitute am Donnerstag in ihrem „Friedensgutachten 1991“ vorgelegt haben.

Eine Abstimmung liege, heißt es da, im Interesse beider Seiten, der NATO wie der Sowjetunion. Nur so könne erreicht werden, daß die neuen Strategien „nicht erneut konfrontativ wahrgenommen werden“. Friedhelm Solms von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Gert Krell von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Egon Bahr vom Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik der Uni-

versität Hamburg empfohlen darüber hinaus, durch eine weitere Absenkung der Obergrenzen für Waffen und Streitkräfte die Angriffsfähigkeiten in Europa „weiter einzuschränken“.

Die Gutachter forderten unverzügliche Verhandlungen über die vollkommene Abschaffung von atomaren Kurzstreckenwaffen. Angesichts des Zerfalls der UdSSR und der Entwicklung in Europa haben taktische Atomwaffen nach Bahrs Meinung „ihre völlige Funktionslosigkeit erreicht“. Wenn sich zum Beispiel die Ukraine und Weißrußland für atomwaffenfrei erklären, wisse er nicht, was französische Kurzstreckenraketen und nukleare Systeme in Deutschland „noch für einen Sinn machen sollen“. In einer möglichen Aufteilung der konventionellen Streitkräfte der Roten Armee auf die einzelnen Sowjet-Republiken sieht Bahr kein bedeutsames Problem. „Relevant“ sei die Frage, wer über die Atommacht verfüge. Bahr gab sich zuversichtlich, daß diese auch künftig in einer Hand bleibe.

Für deutsche Blauhelme

Drei führende deutsche Friedensforschungsinstitute haben sich in ihrem Friedensgutachten 1991 für eine Verfassungsänderung ausgesprochen, damit Deutschland „bewaffnete Kontingente“ für friedenssichernde Aktionen entsprechend der UN-Charta oder im Rahmen einer europäischen Sicherheitspartnerschaft bereitstellen könne. Gleichzeitig kritisieren sie, daß die NATO bei der Entwicklung einer neuen Militärdoctrin mit einer schnellen Eingreiftruppe militärische Fakten schaffe, ohne die veränderte Bedrohungslage analysiert zu haben.

Das Eintreten für „bewaffnete Kontingente“ in internationalen Krisen löste bei Lesern des Gutachtens Kopfschütteln aus. Sollten ausgerechnet die oft an der Seite der Friedensbewegung eingeordneten Institute dafür eintreten, daß die Bundeswehr künftig in Konflikten wie dem Golf-Krieg an die Front muß?

Gutachten-Autor Reinhard Mutz (Hamburg) präzisiert in anderer Richtung: „Friedenstruppen (peace keeping forces) nehmen nicht an Kampfhandlungen teil und sind nur zu ihrem Selbstschutz bewaffnet.“ Dagegen, daß sich die Bundeswehr an „Blauhelm“-Truppen beteilige, sprachen „keine ernsthaften Bedenken“.

Bedenken hegt er allerdings gegen die Art, wie im Golf-Krieg gegen den Aggressor Irak vorgegangen wurde. Handicap der UN sei es derzeit nicht über Bewaffnete unter eigenem Kommando zu verfügen. Mit ihrer Resolution 660 hatten sie einen unbestimmten Personenkreis zu unbestimmten Aktivitäten auf unbestimmte Dauer ermächtigt und „das Heft aus der Hand gegeben“. Dagegen fordert der Friedensgutachter: „Vor der Ausübung physischen Zwangs unter der Autorität der Vereinten Nationen wäre als formales Minimum zu fordern, daß es die UN sind, bei denen die politische Leitung, die operative Kontrolle und das militärische Kommando liegen.“

Friedensgruppen wenden ein, so wurde für weitergehende Kriegs-Einsätze Tür und Tor geöffnet. Mutz halt dagegen, solches habe sich – etwa bei der deutschen Minenraum-Aktion im Persischen Golf – längst angedeutet. Die Gefahr, daß Kampfeinsätze durch schleichende Gewöhnung vorbereitet würden, sei eher abzuwenden, indem man rechtliche Klarheit schafft. Um Krieg als Mittel der Politik generell zu überwinden, schlagen die Forscher eine „globale Rechts- und Friedensordnung“ vor, in der ein zentrales Gewaltmonopol die derzeit als Notwehr völkerrechtlich noch zulässige staatliche Selbstverteidigung ablöse.

Die Reaktion der NATO auf die Auflösung des Warschauer Paktes wird im Friedensgutachten kritisch

bewertet. Zwar hätten sich beide Seiten beim Pariser KSZE-Gipfeltreffens Freundschaft versprochen. Doch betrachte die NATO weiter die UdSSR als Gegner. Zwar verlören Atomwaffen an Bedeutung, doch werde umgerüstet. Der „Fingerzeig auf luftgestützte Abstandswaffen“ – Raketen, die von Flugzeugen abgefeuert werden – sei unübersehbar. Zu erwarten sei daher eine „neue Stationierungsdebatte“.

Mißtrausch sehen die Gutachter, daß sich die USA, Großbritannien und Deutschland schon im Mai über eine schnelle NATO-Eingreiftruppe einigten. Bisher sei man sich im Bündnis weder über das veränderte Bedrohungsbild noch über eine abgewandelte Sicherheitspolitik noch über eine neue Militärstrategie einig. „Aber man kennt bereits den militärischen Mittelbedarf und trifft detaillierte Rüstungs- und streitkräftepolitische Entscheidungen“, rügt Mutz. Logischerweise hatte am Anfang die Analyse der nicht mehr auf Gegnerschaft beruhenden Verhältnisse stehen müssen und erst danach waren die Rüstungs-Instrumente zu wählen.

Beunruhigt reagieren die Forscher auch auf neue Töne über die Aufgaben der NATO. Neuerdings heiße es häufig, das Bündnis „habe die Verletzung von NATO-Interessen zu verhindern“. Dies wäre ein „hochproblematischer Weg“ weg von seiner derzeitigen rein defensiven Zweckbestimmung hin zu einem „militärischen Dienstleistungsmut“. „Unternehmensbereich Kriegführung“, warnen sie. Die Forscher raten Parlamenten, Parteien und Öffentlichkeit, verstärkt solchen Begriffswandel und mögliche Folgen daraus zu erörtern, damit sie nicht ungeprüft in die Rüstungsplanung einfließen. Die Bundesregierung sollte einer neuen NATO-Strategie nur zustimmen, wenn sie mit der Sowjetunion und Osteuropa abgestimmt worden sei.

EDGAR AUTH

Das Friedensgutachten 1991 stammt von der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH).

Frankfurter Rundschau, 31. August 1991

Friedensforscher: Hilfe für UdSSR an Bedingungen knüpfen

Bonn (dpa) – Die westlichen Industrieländer müssen nach Ansicht der führenden deutschen Friedensforscher der UdSSR oder deren Nachfolgesstaaten stärker helfen. Die bisher in Aussicht gestellte Unterstützung reiche nicht aus, erklärten sie am Donnerstag bei der Vorlage ihres „Friedensgutachtens 1991“. Allerdings müsse daran die klare Bedingung geknüpft werden, daß in der Sowjetunion Grenzen zwischen den Republiken nicht gewaltsam verändert werden und das Selbstbestimmungsrecht der Völker strikt eingehalten wird. Die Europäer dürften gegenüber der UdSSR nicht die „Fehler“ wiederholen, die gegenüber Jugoslawien gemacht worden seien.

Nach Ansicht des Leiters des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, des SPD-Sicherheitsexperten Egon Bahr, werden auch künftig die sowjetischen Nuklearwaffen in zentraler Hand bleiben. Jede andere Lösung sei „unvorstellbar“. In ihrem Gutachten sprechen sich die Forscher auch für eine Verfassungsänderung aus, um eine deutsche Teilnahme an UNO-Friedensmissionen oder an Einsätzen im Rahmen einer künftigen kollektiven europäischen Sicherheitspartnerschaft zu ermöglichen.

Neue Struktur für die NATO!

„Die amerikanische Dominanz in europäischen Sicherheitsfragen muß in den kommenden Jahren reduziert werden.“ Mit der Verringerung des US-Truppenkontingents müsse gleichzeitig eine Veränderung in der Kommandostruktur der NATO einsetzen. Das ist nach den Worten von Egon Bahr, Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, das Ergebnis eines Kolloquiums des Instituts zum „Europäischen Sicherheitsinteresse in der nächsten Dekade“.

An der Tagung nahm unter anderem Jeff Kornblum, stellvertretender ständiger Vertreter der USA bei der NATO in Brüssel, teil. Kornblum habe deutlich gemacht, daß es in den USA zur Zeit Überlegungen gebe, den Oberbefehl über die europäischen NATO-Streitkräfte abzugeben, sagte Bahr.

Im Hinblick auf die politische Entwicklung in Polen, der CSFR und Ungarn teilte Bahr mit, daß der ehemalige ungarische Außenminister Gyula Horn sich während des Kolloquiums gegen eine „Pufferrolle“ der drei Staaten zwischen NATO und Sowjetunion gewandt habe. ar